

Reader

ABWANDERUNG (K)EIN SCHICKSAL?

Workshop- und Diskussionsreihe im Waldviertel



INHALTSVERZEICHNIS

Abwanderung ist KEIN Schicksal!

Ernst Wurz4

Unser Lebensraum hat vielfältige Qualitäten

Martin Bruckner.....6

NÖ Dorf- und Stadterneuerung: Hilfe zur Selbsthilfe!

Josef Strummer8

Europäische Regionalpolitik: Abwanderung – (k)ein Schicksal?

Martin Heintel.....13

Diskussionsimpulse zur demographischen Dynamik im Waldviertel

aus Sicht der Regionalwissenschaft

Hans Karl Wytrzens19

Glaubt an dieses Waldviertel!

Heinrich Wohlmeyer28

Von wegen Abwanderung: Das Waldviertel zieht viele Menschen an.

Josef Wallenberger31

Abwanderung – (k)ein Schicksal?

Alfred Riedl40

Einige Gedanken zu einem umfangreichen Thema

Walter Tausch44



*Über das Wanderungs- und Bleibeverhalten junger Frauen
im ländlichen Raum der Steiermark*

Gerlind Weber, Tatjana Fischer48

Ergebnisse der Workshops: Abwanderung ist kein Schicksal!

Christoph Mayer60

Anhang

Übersicht über die Veranstaltungsreihe62

Zitate65

Autorenverzeichnis67

Publikationen der WALDVIERTEL AKADEMIE69

Impressum71



Abwanderung ist KEIN Schicksal!

Ernst Wurz

Die **Waldviertler Denkwerkstatt** stellte in vier Waldviertler Gemeinden – Vitis im Bezirk Waidhofen/Thaya, Röhrenbach im Bezirk Horn, Echtenbach im Bezirk Zwettl und Großschönau im Bezirk Gmünd - mit Gemeindebürgern, Kommunalverantwortlichen und externen Experten die Frage „Abwanderung – (k)ein Schicksal?“ zur Diskussion. Es war nicht Ziel „Krankjammerern“ eine Plattform zu geben, sondern mit interessierten Bürgern Beispiele und Wege gegen die Abwanderung zu erarbeiten und auszutauschen. Die Antworten auf zwei zentrale Fragen „**Was macht die Gemeinde derzeit so lebenswert?**“ und „**Was ist notwendig, dass es in der Gemeinde auch 2017 lebenswert ist?**“ bestimmten die Inhalte der Arbeitsgespräche. Über 400 BürgerInnen – Jugendliche wie ältere Menschen, Arbeitnehmer und Unternehmer, Einheimische wie Zugewanderte – nahmen teil und präsentierten damit einen aktiven Teil der Zivilgesellschaft, sie bewiesen durch Engagement, Ideen und Tatkraft, dass die Waldviertler Gemeinden – sowohl als Wohn- als auch Arbeitsraum – zukunftsfähig sind. Es wurde am Beispiel dieser vier Gemeinden – und es gibt im Waldviertel viele positive Beispiele darüber hinaus – nicht nur gezeigt, wie man erfolgreich gegen Abwanderung vorgeht, sondern auch aufgezeigt, was weiter und mehr zu tun ist, damit Abwanderung KEIN Schicksal ist.

Im Wesentlichen sind es **vier Anforderungen**, die diese **Zukunftsfähigkeit** von Waldviertler Gemeinden - fernab von Ballungsräumen - ermöglichen und fördern:

1. **Arbeitsplätze in der Region** – hier ist eine Trendumkehr zu beobachten, rund 200 Waldviertler Betriebe suchen derzeit über 500 qualifizierte Arbeitskräfte
2. **Wohnen im Grünen**, mit Nahversorgern in Gemeinde und Nähe zu den Bezirkstädten
3. **notwendige Infrastruktur**, dazu gehören ausgebaute Straßen- und Bahnverbindungen in Zentren, rasche öffentliche Verkehrsmittel, aber auch regionale Ausbildungsmöglichkeiten sowie leistungsfähige Internetverbindungen
4. **entsprechender Freizeitwert**, dazu gehören insbesondere Freizeiteinrichtungen für Kinder, Familien, Jugendliche und auch ältere Menschen sowie ein aktives Vereinsleben



Häufigster Kritikpunkt war die im Finanzausgleich nach wie vor bevorzugte Behandlung der Bürger in Ballungsräumen, im Lichte der wachsenden Probleme in den Ballungszentren sollte endlich ein Umdenken eintreten und der Bürger im ländlichen Raum gleich viel Wert wie der Städter sein.

Wertvoll bei diesen Waldviertler Denkwerkstätten waren neben den Impulsen von Regionalentwicklern und wissenschaftlichen Experten die Zusammenarbeit mit der Dorferneuerung und die Beispiele von ländlichen Gemeinden anderer Bundesländer (Salzburg, Steiermark, Kärnten und Oberösterreich).

Die Waldviertel Akademie sieht es seit Gründung im Jahre 1984 als Teil ihrer Aufgabe, Beiträge zur geistigen regionalen Entwicklung zu leisten. Mit diesen Denkwerkstätten wurden wieder nachhaltige Schritte gegen die Abwanderung gesetzt. Diese Dokumentation bietet gebündelte Information für positive regionale Entwicklung.



Unser Lebensraum hat vielfältige Qualitäten

Martin Bruckner

Wir leben in einem neuen wachsenden Wirtschaftsraum, zwischen Wien, Linz und Budweis. Wohnen und Arbeiten im Waldviertel wird immer attraktiver, aus vielen Gründen.

Je älter Datenmaterial betreffend Bevölkerungsentwicklung im Waldviertel ist, desto drastischer ist deren Aussage. Je zeitnaher die Prognosen, desto besser ist die Bevölkerungsentwicklung zu erwarten. Das zeigt uns, dass die vielen kleinen und großen Initiativen im Waldviertel ebenso wie auch der Zeitgeist der Menschen für unseren Lebensraum arbeiten. Wir können gegen alte Trends ankämpfen, je konsequenter, desto schöner der Erfolg. Nicht in allen Gemeinden konnte die Entwicklung gleichermaßen verbessert werden. Jene Gemeinden mit aktiven Bürgergemeinschaften, mit klaren Zukunftsstrategien und kontinuierlicher Umsetzung, sind einfach attraktiver für Menschen mit Sehnsucht nach Sinnhaftigkeit, Geborgenheit und Sicherheit.

Selbsthilfe braucht professionelle Hilfe und eine finanzielle Grundlage.

Leider sind die ländlichen Kommunen gegenüber Städten aus einem Nachkriegsrelikt heraus noch immer finanziell benachteiligt. Ich sehe auch keine Anzeichen, dass diese ungerechte Verteilung aufgelöst würde. Wir müssen daher auf die Bürger mit ihrer enormen Schaffenskraft und Bereitschaft zur Selbsthilfe setzen, so wie es uns Adi Kastner, der legendäre Waldviertelmanager lehrte. Die Bürger müssen nur informiert sein und Instrumente zur Selbsthilfe an der Hand haben. Die Rahmenbedingungen sowie eine finanzielle Grundausstattung sind von der Politik, von der Kommune über Land und Bund bis zur EU, zu schaffen. Es muss gelingen, Mut und Vertrauen der Bürger für Zukunftsentscheidungen zu gewinnen (z.B. Energieautarkie, Innenentwicklung der Dörfer, soziale Programme für Senioren und junge Familien mit Kindern, Frauenarbeitsplätze, Breitbandversorgung, Mobilität) dann wird es auch gelingen, die Abwanderungen weiter zu verlangsamen bzw. zu stoppen.

Fatal wäre eine Einstellung, die uns in selbstgefällige Sicherheit ohne jedem Zutun wiegt.

Unsere Chance liegt in unserem Handeln. Von Politik, Verwaltung und Wissenschaft müssen wir verlangen können, diese angewandte Selbsthilfe zuzulassen bzw. zu unterstützen.



Offensive Raumplanung und Ausstattung mit öffentlichen Einrichtungen, insbesondere Schulen, wären enorm hilfreich. Diese beiden "Fronten" haben wir zu meistern. Engagierte Selbsthilfe einerseits und Kampf gegen Totsagen und Totpläne des ländlichen Raumes von Wissenschaft, Politik und Verwaltung.

Raumplanung hat eine Schlüsselrolle inne. Sie muss natürliche Ressourcen schonen, die (kommunalen) Langzeitkosten niedrig halten und auf realistischen Perspektiven für langfristige Entwicklungsoptionen aufbauen. Für Kreativität und Engagement muss in der Raumplanung immer Platz sein, auch wenn Lehrmeinungen sagen, dass es so etwas nicht gibt.

Ressourcen schonen gilt für mich überall, im urbanen und im ländlichen Raum. Ressourcen schonen endet für mich auch nicht bei Energie oder bei Bodenfläche, sondern betrifft alle endlichen Ressourcen. Wir (unsere Generation) leben in unglaublichem Leichtsinne und verbrauchen "die Zukunft unserer Kinder". Offensive Raumplanung bedeutet für mich, dass Betriebe und Familien in ländlichen Gemeinden gleich wie in urbanen Regionen die "erforderlichen" Entwicklungsflächen, bei Bedarf in kurzer Zeitspanne, erhalten. Die Beurteilung der "Erforderlichkeit" ist sicher eine verantwortungsvolle Aufgabe, jedoch erwarte ich dabei "Gleichbehandlung" mit urbanen Räumen seitens der Raumplaner. Leider fußt in der gängigen Lehrmeinung von Landschafts- und Raumplanern manche unsachliche Benachteiligung des ländlichen Raumes, wogegen ich derzeit gezielt auftrete. Wir haben tolle Betriebe mit Arbeit für bestens ausgebildete Arbeitskräfte, unglaublich viele Leitbetriebe, umfassende Gesundheitsversorgung, Kindergärten und Schulen in jeder Gemeinde, unglaublich viele Freizeiteinrichtungen und vor allem ein riesiges Netz für soziale Kontakte. Wir haben einen intakten Naturraum, leistbaren Wohnraum, niedrige Kriminalität, soziale Kompetenz und engagierte Menschen.

Wir werden Lebensmittel und Energie verfügbar haben, wenn diese einmal knappe Güter sind. Wir werden aus dem gelebten Miteinander im Waldviertel noch viele Vorteile ernten, vor allem Zukunftssicherheit.

Ich bin völlig überzeugt, dass die vielfältigen Qualitäten unseres Lebensraumes den Zeitgeist unserer Jugend treffen und wir Waldviertler einer guten Zukunft entgegen gehen.



NÖ Dorf- und Stadterneuerung: Hilfe zur Selbsthilfe!

Josef Strummer

Weltweit ist eine Zunahme des Anteils der Stadtbevölkerung festzustellen. Im Jahr 2008 lebten weltweit erstmals in der Menschheitsgeschichte mehr Menschen in Städten als auf dem Land, während 1950 noch 70 % auf dem Land lebten. Aber auch Städte sind von einem Schrumpfungsprozess nicht gefeit: Die Stadt Detroit im Bundesstaat Michigan, USA, konnte 1950 bereits mehr als 1,9 Mio Einwohner verzeichnen, 2010 waren es nur mehr 900.000. Ähnlich ist es auch vielen Städten in der ehemaligen DDR nach der Wende im Herbst 1989 ergangen.

Aus den Bevölkerungsprognosen für Österreich 2010-2030 (ÖROK, Kleinräumige Bevölkerungsprognose für Österreich 2010-2030 mit Ausblick bis 2050) hat die Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik im Amt der NÖ Landesregierung die niederösterreichische Entwicklung der Wohnbevölkerung herausgefiltert und als Basis für alle Raumordnungsprogramme und -konzepte verfügbar gemacht.

Aus dem Umstand, dass in allen Bundesländern im Westen sowie in Ober- und in Niederösterreich Bezirke in zentraler Lage deutlich an Bevölkerung gewinnen werden, lässt sich etwa ein Basisszenario für Wien und das Wiener Umland mit starken Bevölkerungsgewinnen bis zum Jahr 2050 angeben (Wien u. Umland: + 15 %), während am anderen Ende der Skala etwa das Waldviertel mit sinkender Bevölkerung rangiert (Gmünd: – 7 %). Aber auch innerhalb den von sinkender Bevölkerung gekennzeichneten ländlichen Räumen ist eine dezentrale Konzentration zu bemerken, die Bezirksstädte sowie größere Städte nehmen an Bevölkerung zu. Diese demografische Dynamik zeigt, dass zukünftig immer weniger Menschen im ländlichen Raum leben werden und gleichzeitig deren Durchschnittsalter rapid steigen wird.

NÖ Dorferneuerung

Die NÖ Dorferneuerung hat sich drei wesentliche Ziele gesetzt:

- Das Dorf und der ländliche Raum insgesamt werden in ihrer kulturellen Eigenart erhalten und erneuert.



- Die regionalen Kreisläufe werden durch Wertschöpfung in der Region, durch Entwicklung regionaler Eigenleistung und Ausschöpfung regionaler Ressourcen gestärkt.
- Eine hohe Eigenständigkeit bei der Deckung des regionalen Bedarfes im sozialen und kulturellen Bereich wird durch die Entwicklung und Förderung der Eigenverantwortung und durch Stärkung der Fähigkeit zur Selbsthilfe der ländlichen Bevölkerung erreicht.

Die nachhaltige Dorferneuerung umfasst soziale, kulturelle und ökologische Aspekte eines Ortes und ist bestrebt, die Bereitschaft der BewohnerInnen wachzurufen, mit ihren eigenen Kräften eine Verbesserung der Lebensqualität im Ort anzustreben. „Bürgerbeteiligung stärkt die Identifikation mit dem Heimatort und wirkt daher gegen Abwanderung. Das Motto lautet Hilfe zur Selbsthilfe: das Schicksal selbst in die Hand nehmen und aktiv werden.“

Unter Wahrung des ganzheitlichen Aspektes konzentriert sich die Dorferneuerung auf folgende Leitthemen:

Soziale Dorferneuerung

Das Dorf des 3. Jahrtausends unterscheidet sich maßgeblich von dem früherer Jahre. Eine Veränderung, der Rechnung getragen werden muss, durch menschengerechte Wege der Kinder- und Altenbetreuung. Die Dorferneuerung hat seit Anfang an auf eine wichtige soziale Komponente gesetzt: Im Ort oder Dorf miteinander reden, gemeinsame Ziele verfolgen, gemeinsame Vorhaben entwickeln, dann gemeinsam umsetzen und das Erreichte feiern. Denn wie heißt es: Durch's Reden kommen die Leut' z'samm!

Unter dem Slogan „vom Familienverband zum Dorfverband“ wollen wir nun die vorhandene soziale Kompetenz und die Kommunikation im Ort, im Dorf und in der Gemeinde wieder verstärkt in den Vordergrund stellen. Denn nur durch das gemeinsame Nachdenken ALLER Generationen und Gruppen werden entscheidende Zukunftsfragen lösbar sein.

- vom Familienverband zum Dorfverband
- vom innerdörflichen zum interkommunalen Ansatz



Bildung, Freizeit und Kultur

Etablierung einer Wissensgesellschaft im ländlichen Raum durch

- leistungsfähige Internetanschlüsse
- vielfältige Bildungseinrichtungen und -angebote
- Bewahrung lokaler Kenntnisse und Fertigkeiten

Wirtschaft

Das Gebot zur Stärkung der Wirtschaft heißt

- Vernetzung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handwerk
- Aufbau der lokalen und regionalen Wirtschaftskreisläufe

Siedeln, Bauen und Wohnen

Mit den Schwerpunkten

- Ressourcen schonende Siedlungsentwicklung
- Ortskernbelebung
- zeitgemäße dörfliche Architektur

Klimaschutz, Mobilität, Umwelt

Zwei Ansätze sollen hier verwirklicht werden

- Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs
- Ausbau des Öffentlichen Verkehrs und alternativer Verkehrsmittel

Mehr als 2.000 Dorferneuerungsprojekte

Die Dorf- und Stadterneuerung hat seit Bestehen in den letzten 27 Jahren rund 2.000 Dorferneuerungsprojekte und 212 Stadterneuerungsprojekte im Waldviertel gefördert. Es sind insgesamt für diese Projekte mehr als 17 Mio Euro an Fördermittel zur Verfügung gestellt worden, welche eine Investition von 60 Mio Euro ausgelöst haben. Zum Vergleich: Die Umfahrung Maissau mit 5 Kilometer Länge kostet 30 Mio Euro.

270 Dorferneuerungsvereine im Waldviertel leisten jährlich über 100.000 freiwillige Stunden. Der Eigenleistungsanteil pro Projekt beträgt im Schnitt 30 – 50%, manchmal



erreicht der Anteil an Eigenleistungen sogar die 70%-Marke. Bürger und Bürgerinnen schaffen damit Lebenswerte.

Es werden Dorfgemeinschaftshäuser errichtet, die wieder das Zusammenkommen im Ort ermöglichen, Kommunikationsplätze geschaffen, Energieprojekte mit erneuerbaren Energieträger umgesetzt, touristische Projekte initiiert und Projekte zur Sicherung der Nahversorgung ins Leben gerufen, um nur einige Beispiele anzuführen.

„Durch das Tun entsteht Identifikation, Bindung zum Projekt und zur Gemeinschaft; es wurden und werden Projekte punktgenau und bedarfsgerecht umgesetzt. Es geht um den Menschen – und die Interessen sind unterschiedlich. Wir schaffen nicht materielle Werte, sondern Lebenswerte, die zu Identifikation und Bindung führen.“

Die Betroffenen wieder zu Beteiligte machen

In der Bürgerbeteiligung liegt die große Chance für die Zukunft. Die Teilhabe an der Gemeinschaft, Beziehungen und persönliche Kontakte führen zu einer Bindung zum Dorf, zum Ort und zur Gemeinde. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass bei den Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich eine hohe Bereitschaft zum Mitdenken, zum Mitplanen aber auch letztlich zur Mitarbeit bei der Umsetzung von Projekten gegeben ist. Zugleich müssen aber die Beteiligten wissen, dass die von ihnen erarbeiteten Ergebnisse in die tatsächlich getroffenen Entscheidungen einfließen. Die Folgen sind ein lebendiges Vereins- und ein ausgeprägtes Freiwilligenwesen. Bürgerinnen und Bürger sind bereit sich für die Gemeinschaft einzubringen. Weiterbildungsangebote werden vor Ort organisiert, Vereine unterstützen den Betrieb von öffentlichen Einrichtungen und ermöglichen dadurch oft überhaupt durch ehrenamtliches Engagement den Weiterbestand von defizitären Einrichtungen. So werden zum Beispiel Freibäder vor dem Zusperrern gerettet und der Bevölkerung weiterhin als Freizeiteinrichtung zur Verfügung gestellt. Andere wiederum engagieren sich im Bereich von solaren Beteiligungsmodellen; diese ermöglichen es umweltbewussten Bürgerinnen und Bürgern ohne eigenes Dach, in die Stromproduktion mit Sonnenenergie einzusteigen. Viele Beispiele aus Dorf- und Stadterneuerung zeigen, dass es gerade in Gebieten, die mit Problemen zu kämpfen haben, immer noch Engagement für den Heimatort gibt.



„Es geht nicht nur um die großen Projekte, es geht oft um kleine Sachen und die Identifikation mit dem eigenen Ort. Wir müssen die Betroffenen wieder zu Beteiligte machen, das ist die Idee der NÖ Dorf- und Stadterneuerung – eine Hilfe zur Selbsthilfe.“

„Abwanderung – (k)ein Schicksal“, die vierteilige Workshop- und Diskussionsreihe in den Gemeinden Vitis, Röhrenbach, Echtenbach und Großschönau, hat aufgezeigt, dass hinsichtlich des Themas in den Gemeinden und in der Region Waldviertel Informations- und noch vielmehr Diskussionsbedarf herrscht. Es können keine Erfolgsrezepte angeboten werden, aber es hat sich in den vier Gemeinden doch eines herausgestellt, dass eine aufgeschlossene Gemeindepolitik gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Entwicklung in einer Gemeinde maßgeblich (mit)gestalten können. Gemeinden mit einem vielfältigen Vereinsleben und engagierten Bewohnern, die auch in das Gemeindegesehen eingebunden werden, gelingt es erfolgreich der Abwanderung entgegenzutreten. Das Streben nach höheren Einwohnerzahlen wird aber trotz erhöhter Anstrengungen nicht in allen Gemeinden des Waldviertels gelingen, sodass sich diese auf das Wenigerwerden rechtzeitig einstellen müssen und sich mit schrumpfungsadäquaten Zielen und Maßnahmen auseinander setzen und vorausschauend agieren müssen. Angemessene zukunftsverträgliche Lösungsstrategien können aber nur unter Einbindung und Beteiligung aller in einer Gemeinde entwickelt werden. „Das Wort Schrumpfen ist kein Schimpfwort!“



Europäische Regionalpolitik: Abwanderung – (k)ein Schicksal?

Martin Heintel

Im Zuge der Besetzung von Johannes Hahn als EU-Kommissar für Regionalpolitik hat Regionalpolitik und -entwicklung in Österreich wieder kurzzeitig an öffentlicher und medialer Aufmerksamkeit gewonnen. Diese Aufmerksamkeit war erfreulich, nicht nur, weil es sich um mehr als ein Drittel des EU-Gesamtbudgets handelt, das es verantwortungsvoll zu betreuen gilt. Die Motive, Ideen und Erwartungen, die an diese Fördertöpfe adressiert werden, sind aber seit jeher höchst unterschiedlich.

Gegenwärtig zeichnet sich eher ein Solidaritätsverlust für Transferleistungen ab. Nicht nur in traditionell solidarisch eingestellten Gesellschaften, wie z.B. in Nordeuropa, sondern auch in Österreich – mit einer langen diesbezüglichen Fördertradition – hat die ländliche Peripherie nicht selten eine schlechte Presse.

Die Gründe dafür sind vielfältig und werden in Folge auch näher diskutiert. Im zunehmenden globalen Wettbewerb und unter dem Aspekt diverser Sparpakete wird es für periphere Regionen und Gebietskörperschaften immer schwieriger, ihre Infrastruktur zu halten. Ebenso sinkt der gesellschaftliche Konsens, „Schwächere“ zu unterstützen. Banken werden „aufgefangen“, Pensionisten „fressen“ den Staatshaushalt, EU-Fördermittel „versinken“ in korrupten Regimen der neuen Mitgliedsstaaten – Schlagzeilen wie diese konterkarieren Ziele wie Kohäsion und Solidargemeinschaft.

Gießkanne oder Wettbewerb

Eine aktuelle Studie der Weltbank warnt davor, Geld in struktur- und entwicklungsschwache Regionen zu pumpen, es bremst die Wohlstandsentwicklung und hemmt den Wettbewerb, so die Hauptargumente. Die EU verfolgt seit Jahren mit der Lissabon-Strategie das Ziel, die EU zum wettbewerbsstärksten und wissensbasiertesten Raum weltweit zu formieren. Diese Ziele wurden bislang weit verfehlt, auch stellt sich immer wieder aufs Neue die Frage, wo denn und was denn eigentlich gefördert werden soll. War in den 1980er-Jahren noch da und dort vom Ausgleich regionaler Disparitäten die Rede, ist diese Zielsetzung heute verworfen. Die Gründe dafür liegen sowohl in der Nichteinlösbarkeit als auch im Mainstream eines



neoliberalen Gegenwinds, Transferleistungen als Wettbewerbsverzerrung in Misskredit zu bringen – und das noch auf Kosten der Wachstumspole.

Regionale Disparitäten spielen aber nicht nur zwischen Stadt und Land, zwischen Zentren und Peripherien, sondern v.a. auch innerhalb der EU-27 eine große Rolle, wie in den diversen Kohäsionsberichten der Kommission ausführlich dargestellt wird. Arbeitslosigkeit, Erreichbarkeit, Bruttoinlandsprodukt, Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Zugangsichte zum Internet, Bildungsniveau, Patentanmeldungen, Forschungsquoten usf. sind Indikatoren, die innerhalb der EU regional höchst unterschiedlich zum Ausdruck kommen. Bekannte Folgen sind Arbeitsmigration, Brain Drain, Alterung der Gesellschaft in Problemregionen, Ausdünnung öffentlicher Dienstleistungen usf.

(Um-)Verteilungspolitik oder gezielte Förderung der wettbewerbsstärksten Regionen Europas im globalen Wettbewerb der Triade, diese Frage beschäftigt die EU nun schon seit langem. Ein bisschen entsteht der Eindruck, dass beides passiert. Während über den nationalen Finanzausgleich mehr Geld in Zentren fließt, werden im Rahmen der EU Regionalpolitik mehr Mittel in die Förderung nicht städtischer Regionen gepumpt. Wird das Agrarbudget der EU noch dazu addiert, so liegt der Förderfokus der EU bislang eindeutig in ländlichen Regionen. Vor allem die neuen Mitgliedsstaaten haben reichlich davon.

Friedensprojekt EU

Jetzt soll an dieser Stelle weder über den enormen Verwaltungsaufwand der abgewickelten Projekte im Rahmen der Strukturfonds noch über die Qualität und Nachhaltigkeit einzelner Projekte aus europäischen Mitteln im Detail diskutiert werden. Vielmehr gilt es, Gedanken aufzugreifen, die im öffentlichen Diskurs meist in Vergessenheit zu geraten scheinen. Es kommt gar nicht selten vor, in den USA auf die EU als „Peace-Project“ angesprochen zu werden. Diese Gründungsideen, die zur heutigen EU führten, spielen im öffentlichen Diskurs kaum noch eine Rolle. Das verwundert, da innerhalb des Territoriums der EU Frieden heute als scheinbar selbstverständlich angenommen wird. Aus ehemaligen Kriegsgegnern wurden Partner gemacht. Unter diesem übergeordneten Ziel stehen Transferleistungen dann in einem ganz anderen Licht.

Kooperationsanreiz über Regionalentwicklung

Regionalpolitik impliziert jenseits der Verteilungsfrage so etwas wie eine versteckte Agenda. Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) als Ziel 3 in der laufenden Strukturfondperiode 2007-2013 ist zum Beispiel so ein Transmitter in diesem Prozess. Das messbare Output von grenzüberschreitenden Aktivitäten hält sich meist in Grenzen, die Überwindung mentaler Barrieren ist in diesem Prozess vielleicht wesentlich wichtiger, Offenheit und Toleranz für neue politische Konfigurationen und Kooperationen können dem folgen.

Partnerschaftsprojekte, Europäische Netzwerke, partnerschaftliche Projektfinanzierungen und das Modell der Kofinanzierung von Projekten durch gemeinsame EU- wie nationale Mittel – all das sind Beispiele, die Kooperationen zwischen Mitgliedsländern, zwischen Verwaltungseinrichtungen, zwischen den KMUs usf. fördern sollen. Die EU-Regionalpolitik steckt hier die Programme und Förderrahmen ab. Auch wenn Kooperation als sozialintegrativer Prozess nicht verordnet werden kann, findet sie aufgrund dieses programmimpliziten Anreizsystems statt, manchmal gelingt sie sogar.

Als eines der obersten Leitbilder der aktuellen EU-Politik gilt Kohäsion, das Zusammenbringen bzw. der Zusammenhalt der einzelnen Mitgliedsstaaten. Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten gilt es zu vermeiden, regionale Disparitäten sollen keinen inneren Zerriss der EU mit sich bringen. Regionalentwicklung und -politik spielen in diesem Prozess eine Schlüsselrolle. Neben Wettbewerb und Verteilung gibt es somit auch eine symbolische Dimension mit nachhaltigem Nutzen, diese kostet Geld und sollte im Hinblick auf die übergeordneten Ziele leistbar sein.

Regionalpolitik in Österreich

Österreich war in der Vergangenheit beim Thema Regionalpolitik in der Regel gut aufgestellt. Innovative Maßnahmen haben schon vor dem Beitritt Österreichs zur EU europäische Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Die Förderaktionen des Bundeskanzleramtes für struktur- und entwicklungsschwache Regionen in Österreich waren vielfach beispielgebend für in weiterer Folge kompetitive Programmschienen der EU, der flächendeckende Aufbau intermediärer Dienstleister wie Regionalmanagements waren Vorbild für viele Nachbarländer. Auch der Nationale Strategische Rahmenplan „STRAT.AT“ hat die



Aufmerksamkeit Brüssels auf sich gezogen. Es handelt sich dabei um ein jeweilig auf nationaler Ebene konsensuales Instrument zur Umsetzung der laufenden Agenden der Strukturfondsperiode.

Trotz vielfach gelungener Regionalpolitik in Österreich ist es jedoch nicht immer leicht, Erfolge und europäische Strategien sichtbar und verständlich zu machen. Zwischen der Eröffnung einer geförderten Therme und dem Zusammenhalt der einzelnen Mitgliedsstaaten liegen Welten. Regionalentwicklung dient auch letztendlich immer wieder dazu, Regionen in ihrer Entwicklung zu stabilisieren. Erst wenn nichts mehr passiert wird sichtbar, was bislang geklappt hat.

Regionalpolitik versus regionale Problemstellungen

Die regionalen Problemstellungen materialisieren sich vor Ort jedoch meist viel unmittelbarer und stehen oft im Widerspruch zu den übergeordneten Zielsetzungen einer EU-Regionalpolitik. Lebensstile, demographische Entwicklungen, nationalstaatliche Steuerungspolitiken, Identitäten und Images, aber auch individuelle Veränderungsbereitschaft und Verantwortungen bestimmen parallel zu den diskutierten Rahmenbedingungen die Entwicklungen vor Ort.

Emotionalitäten („Des woa scho imma so!“) überlagern sachliches Entscheidungsvermögen, das Veränderungen ermöglichen könnte. Verbunden mit Aufwertungen („Wo wir sind ist oben!“) oder Abwertungen („Kaltviertel“!) ist es oft schwer, vorurteilsfrei und offen neue Wege in der Regionalentwicklung zu gehen.

Gleichzeitig haben sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren massiv verändert. Eine Dienstleistungsgesellschaft hat sich ausdifferenziert, Städte haben zweifelsfrei noch mehr an Bedeutung gewonnen und ein weiterer Bedeutungsgewinn gilt als nahezu sicher. Multilokale Lebensstile – das Wohnen, Leben und Arbeiten an unterschiedlichen Wohnsitzen – nimmt zu, räumliche Bindungen nehmen ab oder werden „künstlich“ aufgebaut. Das Wachstum findet am Stadtrand, bzw. wo noch Platz vorhanden in den Städten selbst statt.



Der Anspruch des Aufrechterhaltens einer Grundinfrastruktur in ländlich peripheren Regionen steht im Widerspruch zur gelebten Wirklichkeit. Im Zeitalter von Internet, Smartphone und Tele- oder Internetbanking kommt der Post als physisch notwendiger Infrastruktur vor Ort eine immer geringere Bedeutung zu. Eingekauft wird auf der „grünen Wiese“ und nicht – so noch vorhanden – im Einzelhandelsgeschäft der Hauptstraße. Das eigene Auto überlagert den öffentlichen Verkehr, die von Fahrplänen unabhängige Motorisierung im Individualverkehr wird bevorzugt. Der diesbezügliche Verdrängungswettbewerb liegt schon weit zurück. Diese wenigen Beispiele zeigen, dass wir nicht unbeteiligt sind an dem, was tagtäglich kritisiert wird und durch die Medien geistert.

Gleichzeitig galten beispielsweise jene Regionen als „innovativ“, wenn sie Infrastruktur für eine alternde Gesellschaft ausbauten. Ohne dabei zu bedenken, dass in nur wenigen Jahren in manchen ländlich peripheren Regionen Österreichs auch keine alternde Gesellschaft mehr verfügbar sein wird. Nachhaltigkeit ist dabei nicht im Fokus. Schlagworte wie Ausbau oder Rückbau bedürfen einer vertieften Reflexion. Auch wenn es im Politikerjargon noch undenkbar scheint, das Wort „Rückbau“ zu kommunizieren, so wäre es in manchen Regionen Österreichs verantwortlich, genau das zu tun.

Schicksal und neue Verantwortungen gehen Hand in Hand. Gibt es keine Arbeitsplätze für Qualifizierte, wird die Ausbildung und Beschäftigung an anderen Orten stattfinden. Wir können es auch positiv sehen: Noch nie hatten so viele Jugendliche aus peripheren Regionen Österreichs die Möglichkeit zur Teilhabe an einer Hochschulbildung. Unabhängig von den nicht vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten in der Heimatregion ergibt sich daraus auch vielfach eine internationale Karriere, eine Familiengründung in der Stadt oder eine andere neue Lebensperspektive, die in der Herkunftsregion nicht verwirklicht ist.

Vielmehr stellt sich die Frage, wie diese Arten von Übergängen organisierbar sind. Dabei macht es Sinn, Trends zu beobachten und nicht zu negieren. Der laute Schrei nach Infrastruktur in ländlich peripheren Regionen ist nur dann gerechtfertigt, wenn entsprechende Perspektiven für die Region vorhanden sind. Geht es nur darum, Bestehendes zu erhalten und zu verwalten, wäre ein geordneter Rückzug in vielen Regionen

wohl sinnvoller. Ein Teil der Verantwortung liegt somit auch darin, rechtzeitig zu antizipieren, welche Möglichkeiten zukünftig gegeben sind, oder eben nicht.

Herausforderungen für die Zukunft

Gegenwärtig gilt es, die künftige EU-Strategie bis 2020 auf Schiene zu bringen, Korruption und Finanzkontrolle von EU Mitteln in diversen Mitgliedsstaaten in den Griff zu bekommen und letztendlich die Höhe der verfügbaren Mittel auch entsprechend gegenüber den europäischen Bürgern zu legitimieren. Auch das budgetäre Verhältnis von Projekt-administration und Projektumsetzung auf EU-Ebene bedarf laufender Beobachtungen und Korrekturen.

Die von Hahn im Antritts-Hearing gewünschten zukünftigen Schwerpunkte der Kohäsionspolitik in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit, Wissensgesellschaft, Klimaschutz und Energiewende sind keinesfalls friktionsfrei. So gilt es beispielsweise, gute Argumente gegen die von unterschiedlichen Seiten geforderte Renationalisierung der Regionalförderungen vorzubringen. Auch das Verhältnis von Agglomerationsräumen und ländlichen Peripherien könnte sich neu ausdifferenzieren. „Neue Stadtpolitiken für Europa (©Hahn)“, die wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerb forcieren sollen, könnten zusätzlich die Kluft vom Zentrum zur Peripherie verschärfen.

Mit den Zielen Konvergenz, Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung, Europäische Territoriale Zusammenarbeit sowie ergänzenden Fördermaßnahmen aus anderen Ressorts ist die laufende Strukturfondsperiode 2007-2013 bereits fast abgeschlossen. Die Herausforderungen für die Zukunft liegen daher schon jetzt in der Zeit von 2014 aufwärts. Periphere Regionen Europas werden auch zukünftig unter genauer Beobachtung stehen.



Diskussionsimpulse zur demographischen Dynamik im Waldviertel aus Sicht der Regionalwissenschaft

Hans Karl Wyrzens¹

Einleitung

Wenn eine größere Zahl von Menschen ihrer Heimat auf Dauer den Rücken kehrt, scheint sich für die betroffene Region eine schicksalshafte Verlustdynamik in Gang zu setzen. Mit den Abwanderern gehen nicht nur Bezugspersonen und Mitbewohner, sondern auch Träger des Gemeinschaftslebens, Steuerzahler sowie Nachfrage und Kaufkraft verloren. Gerade dort, wo schon seit geraumer Zeit Einwohner wegziehen, stellen sich – je länger, desto drängender – die Fragen

- wie es mit der Bevölkerungsentwicklung in Zukunft aller Voraussicht nach weitergehen dürfte,
- wieweit sich Regionen mit den erkennbaren Trends auf längere Sicht abfinden müssen oder ob eine Chance zur Trendumkehr besteht, und
- wie sich die verbleibende Bevölkerung am besten auf die künftig zu erwartenden Bevölkerungsveränderungen einstellen kann.

Das Waldviertel zählt zu jenen Gebieten in Österreich, wo die Einwohnerzahlen schon seit Jahrzehnten migrationsbedingt sinken. Das Damoklesschwert einer gewissen Marginalisierung vor Augen interessieren ganz besonders

- Fakten und Prognosen zur demographischen Dynamik in diesem Landesteil
- Zusammenhänge und Handlungsspielräume im Wechselspiel von Bevölkerungs- und Regionalentwicklung sowie
- Instrumente und Maßnahmen zur Bewältigung der anstehenden sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen.

Die weiteren Ausführungen greifen ausgewählte Aspekte zu den eben angesprochenen Facetten der Abwanderungsdiskussion im Waldviertel schlaglichtartig heraus mit der Absicht, der Debatte Impulse zu verleihen. Die Darlegungen verzichten jedoch angesichts des

¹ Ao. Univ. Prof. Dr. Hans Karl Wyrzens; Universität für Bodenkultur, Department für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Institut für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung; Feistmantelstraße 4, A-1180 Wien; e-mail:wyrzens@boku.ac.at

vorgegebenen Rahmens darauf, ein umfassendes Bild vom Wanderungsgeschehen, seinen Ursachen und Konsequenzen zeichnen zu wollen.

Waldviertler Bevölkerungsdynamik in geraffter Rück- und Vorschau

Um die Größenordnungen der vom demographischen Wandel und insbesondere der von der Migration ausgehenden Herausforderungen abschätzen zu können, scheint es ratsam, sich wenigstens streiflichtartig ein paar Daten vor Augen zu führen, einerseits wie sich die Bevölkerungszahlen während der jüngeren Vergangenheit verändert haben und andererseits welchen weiteren Wandel Experten prognostizieren.

Ein Blick in die Volkszählungsdaten der Vergangenheit lehrt, dass das Waldviertel schon lange mit Landflucht konfrontiert ist. Beschränkt man sich auf die Periode nach dem zweiten Weltkrieg, so sanken die Wohnbevölkerungszahlen im Kernland des Waldviertels (welches die politischen Bezirke Gmünd, Horn, Waidhofen/Thaya und Zwettl umfasst) von fast 180.000 Personen im Jahre 1951 auf nicht ganz 140.000 Personen im Jahre 2011, was einer Abnahme um rund 40.000 Personen (oder -22 %) gleichkommt (vgl. Tabelle 1). Die Bevölkerungsrückgänge traten beinahe flächendeckend auf; nur ganz wenige Gemeinden konnten ihre seinerzeitigen Einwohnerzahlen halten. Dagegen stieg während des selben Zeitraumes die gesamtösterreichische Einwohnerzahl stetig.

Tabelle 1: Wohnbevölkerungszahlen im Waldviertel von 1951 bis 2011 (laut Volkszählungsergebnissen der Statistik Austria)

	Jahr						
Politischer							
Bezirk	1951	1961	1971	1981	1991	2001	2011
Gmünd	49.889	47.313	46.916	43.733	41.314	40.050	37.793
Horn	40.913	38.288	36.863	34.599	32.465	32.400	31.510
Waidhofen	36.565	33.590	32.434	30.391	28.607	28.197	26.737
Zwettl	52.512	50.495	50.322	48.338	46.247	45.635	43.769
Waldviertel	179.879	169.686	166.535	157.061	148.633	146.282	139.809

Betrachtet man detaillierte Daten der jüngsten Dekade näher, so präsentieren sich sowohl die Geburten- als auch die Wanderungsbilanz im Waldviertel – mit geringfügigen, auf



Einzeljahre und einzelne Bezirke beschränkten Ausnahmen – durchwegs negativ. Das heißt, es werden hier von Jahr zu Jahr weniger Menschen geboren als sterben, und es ziehen mehr fort als zuwandern. Die negative Geburtenbilanz hängt in erster Linie mit dem steigenden Durchschnittsalter der Wohnbevölkerung in den jeweiligen Bezirken zusammen. Die Erhöhung des statistischen Durchschnittsalters wiederum rührt daher, dass vornehmlich jüngere Personen in andere Regionen abwandern.

Für das weitere politische Handeln maßgeblicher als die bisherigen Veränderungen sind wohl die Vorhersagen, wie es weitergehen dürfte, ob sich womöglich irgendwann in den nächsten Jahrzehnten eine Trendwende abzeichnet.

Sowohl ältere, als auch die jüngsten kleinräumigen Bevölkerungsprognosen der Statistik Austria bzw. der Österreichischen Raumordnungskonferenz verheißen für 2030 genauso wie für 2050 fortgesetzte Abwanderung und weiter schrumpfende Einwohnerzahlen für das Waldviertel. Als eine der strukturschwachen, schwer erreichbaren Regionen Österreichs wird das Waldviertel auch künftig einen Bevölkerungssaderlass erleben. Den Waldviertler Grenzbezirken Gmünd und Zwettel werden bis 2030 Bevölkerungsrückgänge von jeweils 7 % vorhergesagt. Österreichweit wird nur in vier steirischen Bezirken mit noch stärkeren Abnahmen gerechnet. Verantwortlich für diese wenig ermutigenden Perspektiven sind sowohl Binnenwanderungsverluste als auch der Überhang an Sterbefällen im Vergleich zu den Geburten.

Die neueste ÖROK-Prognose aus dem Jahre 2010 errechnet für die vier Bezirke Gmünd, Horn, Waidhofen/Thaya und Zwettl einen Wert von rund 134.400 Einwohnern, die hier im Jahre 2030 vermutlich leben werden. Das entspricht einem neuerlichen Minus von etwa 5 %. Markant ist außerdem, dass mittel- wie auch langfristig mit einem Rückgang der unter 20-jährigen Bevölkerung zu rechnen ist und dass sich die Altersstruktur der hier Ansässigen bis 2030 noch weiter in Richtung der älteren Generationen verschiebt. Auch der Ausblick auf das Jahr 2050 zeigt einen weiteren Anstieg beim Bevölkerungsanteil 65+; im westlichen Waldviertel wird er dann mehr als 33 % betragen.

Wechselwirkungen zwischen demographischer und regionaler Entwicklung

Abwanderung und Alterung erweisen sich offenbar als hartnäckige und persistente Phänomene im Waldviertel. Es erscheint daher sinnvoll, sich kurz auf grundsätzlicher Ebene einigen Interaktionen zwischen Abwanderung und Regionalentwicklung zuzuwenden.



Einmal können gravierende Unterschiede beim ökonomischen, ökologischen, politischen, infrastrukturellen und sozialen Entwicklungszustand von Regionen als Auslöser und Ursache von Migration wirken. So kommt es im Waldviertel zur Landflucht, weil infolge des Agrarstrukturwandels und des landwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts die Zahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft drastisch gesunken ist und weiter sinkt und weil genauso in nichtlandwirtschaftlichen Sektoren – gemessen am Jobangebot in anderen österreichischen Gegenden – relativ wenige Beschäftigungsmöglichkeiten existieren. Insbesondere die besser Ausgebildeten ziehen auch noch aus mehrererlei anderen Gründen aus dem Waldviertel weg: Hier fehlen qualifikationsadäquate Arbeitsplätze, die aber in Zentralräumen verfügbar sind. Der Mangel an schnellen öffentlichen Verkehrsverbindungen in die Ballungsräume macht Tagespendeln für viele zu aufwendig. Unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche ab 14 Jahren vor Ort veranlassen Schüler und Studenten, sich dorthin zu orientieren, wo ein entsprechend vielfältiges Mittel- und Hochschulangebot existiert.

Umgekehrt induziert die Abwanderung auch Effekte bei der Regionalentwicklung: Wie sich kontinuierliche Abwanderung auf die wirtschaftliche und soziale Lage einer Region auswirkt, hängt unter anderem davon ab, welche sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung in diesem Raum zur gleichen Zeit anzutreffen ist. Entscheidend für die Effekte der Abwanderung ist also, ob die Zahl der Geburten jene der Sterbefälle über Jahre hinweg regelmäßig deutlich übersteigt oder ob umgekehrt die Zahl der Todesfälle gegenüber jener der Geburten längerfristig überwiegt.

Bei permanenten massiven Geburtenüberschüssen kann eine stetige Abwanderung dazu beitragen, die ökonomische und soziale Situation der Wohnbevölkerung erträglich zu halten. Solche stabilisierenden Effekte von Abwanderung wären insbesondere dann zu erwarten, wenn ein weiteres Bevölkerungswachstum die schon ausgeschöpften Ressourcenpotentiale und Kapazitäten des Raumes überbeansprucht. – Eine für manche Entwicklungsländer, nicht aber für das Waldviertel zutreffende Konstellation.

Wenn eine Gegend allerdings schon länger negative Geburtenbilanzen aufweist, dann werden regelmäßige negative Wanderungssalden womöglich eine an sich schon ungünstige Situation noch verschlimmern. Wie viele von Bevölkerungsschwund geprägte Regionen (etwa auch im Osten Deutschlands) scheint auch das Waldviertel in einem Teufelskreis verfangen: Ungebrochene Abwanderung schmälert die Attraktivität und schwindende



Anziehungskraft verschärft ihrerseits den Abwanderungsdruck, sodass sich negative Kräfte gegenseitig aufschaukeln.

Überdies steckt das Waldviertel politisch in einer Zwickmühle, die man auch als doppelte demographisch-demokratiepolitische Falle bezeichnen könnte: In demokratisch verfassten Staatswesen haben sich Politiker an der Mehrheit zu orientieren. Sowohl auf gesamteuropäischer Ebene als auch in Österreich führen langfristige Bevölkerungsverschiebungen zu Verlagerungen, wo sich die Mehrheit finden lässt. Während bis in die ersten Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg die jüngeren Altersklassen und die am Lande Lebenden die Mehrheit darstellten, ist inzwischen die Lage gekippt. Nun machen Leute, die in dicht besiedelten Städten und deren Umland leben und die der älteren Generation angehören, die Mehrheit aus. Wenn sich aber Wahlen vornehmlich mit urbanen Gruppen und Pensionisten gewinnen lassen, dann haben ländliche Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte schlechte Karten, noch dazu wenn sie womöglich jüngere Menschen ansprechen wollen und müssten, um dem ihnen drohenden Schlamassel von Entsiedelung und Verödung zu entkommen.

Das Schrumpfen der Bevölkerungszahlen induziert ferner sogenannte Tragfähigkeitsprobleme. Davon sind sowohl private Unternehmen etwa aus Handels- oder Dienstleistungsbranchen betroffen, als auch öffentliche Träger der sozialen und kulturellen Infrastruktur, des öffentlichen Personennahverkehrs oder der Energie- und Wasserversorgung. Die meisten Teile des Waldviertels haben mit Bevölkerungsverlusten und mit fortdauernder, wenn nicht sogar weiter zunehmender Überalterung innerhalb der verbleibenden Einwohnerschaft zu rechnen. Aufgrund des Bevölkerungsrückganges droht die Auslastung der Infrastruktur jene Grenzen zu unterschreiten, die mindestens erreicht werden sollten, damit sich ein Weiterbestand und -betrieb der Einrichtungen wirtschaftlich sicherstellen lässt. Eine schleichende Ausdünnung der Infrastruktur hat ja bereits vor langem angefangen und setzt sich stetig fort (Stilllegung von Nebenbahnen, Rückbau der Franz-Josefs-Bahn zur eingleisigen Strecke, Zusammenlegung von Finanzämtern, Auflassung von Bezirksgerichten und Polizeidienststellen, Sperre von Postämtern etc.). Parallel dazu steigt die Zahl von Bewohnern, die auf bestimmte soziale Dienste angewiesen und die zugleich begrenzt mobil sind.

Neben den Konsequenzen, welche die Abwanderung in der Regionalentwicklung dadurch auslöst, dass sich die Bevölkerungszahl vermindert, treten aber auch Effekte der Migration



im regionalen Wirtschafts- und Gesellschaftsleben auf, die daher rühren, dass die Wegzüge die Struktur der verbleibenden Bevölkerung verschieben. Fort ziehen erfahrungsgemäß vornehmlich die Jüngeren, Mobileren, Umtriebigeren und Agileren. Weniger junge und dafür mehr ältere Erwerbspersonen in den Betrieben und Verwaltungsdienststellen bedeutet eine geringere Innovationskraft der gesamten Belegschaft, wenn weniger junge Menschen mit neuestem Wissen in das Erwerbsleben einsteigen. Als indirekte Abwanderungsfolge kommt also der Transfers und damit die Erneuerung von Know-how ins Stocken. Das lässt die lokale Wirtschaft umso mehr ins Hintertreffen geraten, je mehr im inter-/nationalen Umfeld Zweige der wissensbasierten Ökonomie dominieren.

Die geschilderten Abwanderungswirkungen und Trends machen den Bedarf nach neuen Strategien und Lösungen zur Sicherstellung der infrastrukturellen Versorgung und zur Wirtschaftsbelebung im Waldviertel augenfällig.

Ansätze zur Bewältigung der Abwanderungsprobleme

Ein erster Schritt für einen produktiven Umgang mit den anstehenden Problemen besteht darin, die klare Diagnose – selbst wenn sie einem unangenehm erscheint – ungeschönt zu akzeptieren. Denn passende Lösungen lassen sich prinzipiell erst finden, wenn ein Problem erkannt, möglichst genau erfasst und klar benannt wurde. Realitätsverweigerung trägt nicht zu Besserung bei; im Gegenteil, wer den Kopf in den Sand steckt und wer Befunde – weil sie nicht so positiv ausfallen, wie man sie gerne hätte – gar nicht zur Kenntnis nehmen oder bestenfalls selektiv-bruchstückhaft wahrhaben will, wird kaum voran kommen.

Abwanderungsgeprägte Ortsbilder, die an verfallenden, leerstehenden, unverkäuflichen Häusern zu erkennen sind, die sich in einem Preisverfall am Immobilienmarkt niederschlagen und die von Arbeitsstättenverlusten begleitet sind, weisen als untrügliche Indizien auf tiefsitzende strukturelle Schwächen hin. Diesen sucht die Politik schon seit Jahrzehnten mit massivem personellen Engagement (z.B. Etablierung von Regionalmanagern) und beachtlichem finanziellen Mitteleinsatz zu begegnen. Allein, die bemühten Offensivmaßnahmen erzielten bislang bestenfalls äußerst mäßige Erfolge. – Wer will denn den im Waldviertel Aufgewachsenen verübeln, dass sie angesichts düsterer Zukunftserwartungen und unzureichender individueller Lebensperspektiven trotz allem mit den Füßen abgestimmt haben. Vielmehr hat jeder Weggang der Region Drive geraubt, was sich offensichtlich durch Subventionsströme nicht kompensieren ließ. Vor diesem



Hintergrund muten aktuelle Konzepte etwas fragwürdig an, die das Waldviertel als Wohnstandort profilieren wollen.

Auf Zuzug von außen als Hilfe für die Region zu hoffen, verlangt eine gehörige – bis an die Grenze zur Realitätsverweigerung reichende – Portion Zweckoptimismus. Angesichts der äußerst beschränkten Jobchancen und des dauerhaft unterdurchschnittlichen Lohn- sowie Kaufkraftniveaus sind eher wenig plausible Gründe auszumachen, wieso in größerer Zahl Leute hierher zuwandern sollten.

Höchst ungewisse Erfolgsaussichten dürften auch jenen Bemühungen beschieden sein, die versuchen, Leute nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zur Wohnsitzverlegung ins Waldviertel zu motivieren, etwa getreu der Devise „Nach dem aktiven Erwerbsleben kommen im Alter einst abgewanderte wieder ins Waldviertel retour!“. Eine regionale Entwicklungsstrategie nach dem Motto „Vom Waldviertel zum Altviertel“ scheint nämlich in mehrerlei Hinsicht ziemlich risikobehaftet. So besteht große Ungewissheit, ob Menschen, die während ihrer Berufslaufbahn an ihrem bisherigen Wohnsitz Bekanntschaften und Freundschaften geschlossen und sich in ihr Umfeld integriert haben, plötzlich ihre bisherigen sozialen Bindungen kappen und anderswo neu anfangen wollen; denn das persönliche Beziehungsgeflecht lässt sich bei einer Übersiedelung nicht einfach räumlich mitverpflanzen. Mental würde eine Leitidee, die das Waldviertel als Altersheim der Wiener und Linzer (quasi als Pensionopolis für Ex-Exilanten) etablieren möchte, für die ansässige Bevölkerung Perspektiven des Absterbens noch verstärken, was die Region langfristig in eine Art Ghettoposition zu manövrieren droht.

Die mit genereller Internationalisierung einhergehende Zuwanderung erfordert Einrichtungen für Integrationsaufgaben – ein Gesichtspunkt, der vor allem für grenznahe Räume interessant sein könnte. Freilich kommen die osteuropäischen Länder als Quellenländer von Immigranten weniger in Frage, weil diese Staaten ihre Geburtendefizite nicht wie die mittel- und südeuropäischen Staaten durch Wanderungsgewinne zu kompensieren vermochten. Außerdem könnte eine solche Strategie, den Schwund eigener Bevölkerung durch Ausländerzuzug zu kompensieren, leicht kontraproduktiv für die Integration von ausländischen Migranten werden, wenn man die Zuwanderer ausgerechnet in jene Regionen zu locken versucht, wo die Einheimischen schon kein Auskommen finden.

Wenn diverse Offensivbemühungen nicht die gewünschten Erfolge versprechen bzw. gezeitigt haben, bleibt als Alternative die Defensive. Ein geordneter Rückzug gilt zwar



gemeinhin als Schreckgespenst, scheint aber noch allemal klüger, als ein ressourcenvergeudendes, im Endeffekt aber vergebliches Sich-Auflehnen, als ein Sich-selbst-Überlassen oder gar als ein Versinken im Chaos. Zwar ist eine Strategie gezielter Rücknahmen wenig populär und politisch daher nur schwer verkäuflich; sie trägt aber den demographischen wie regionalökonomischen Gegebenheiten eher Rechnung und sie ist mit den aktuell eingeengten Budgetspielräumen der öffentlichen Haushalte eher kompatibel.

Eine gezielte Schrumpfung verabschiedet sich zunächst von der Illusion, die gegebenen Raum- und Infrastrukturausstattungen blieben in der gesamten Region flächendeckend unvermindert aufrecht erhalten. Dann betreibt sie eine bewusste Aufgabe mancher Grenz(ertrags)standorte, wo eine Bestandswahrung diverser öffentlicher Einrichtungen und Dienste besonders kostspielig ist. Diese Vorgangsweise setzt Kapazitäten frei, mit denen sich auf anderen Standorten die Qualität des Infrastrukturangebotes verbessern und so heben lässt, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität dieser Standorte deutlich steigert. Eine solche Bündelung der verfügbaren Kräfte und Mittel auf die relativ vitalsten Regionalzentren ergäbe im Endeffekt eine dezentrale Konzentration. Die Einwohner hätten dann statt mit überall relativ schlechten Voraussetzungen damit zu rechnen, dass sie an einigen Ballungspunkten gegenüber der momentanen Situation deutlich bessere Gegebenheiten antreffen, während das Versorgungsniveau in den Räumen dazwischen gegenüber der heutigen Lage nochmals klar abgesenkt wird.

Ein systematischer Rückbau gäbe auch Anlass, sich um eine Neuorganisation des Lebensraumes zu bemühen. Beispielsweise konfrontieren die Umbrüche im Altersaufbau der Bevölkerung die Regionalentwicklung mit einer zunehmenden Nachfrage nach altengerechten Angeboten. Gleichzeitig macht der Rückgang der Kinder- und Jugendlichenzahlen Redimensionierungen im Schulwesen sowie bei Betreuungseinrichtungen erforderlich. – All das sind relativ komplexe und anspruchsvolle Herausforderungen, die gerade kleine oder besonders finanzschwache Gemeinden an ihre sachlichen und materiellen Leistungsgrenzen stoßen lassen. Hier wäre die interkommunale Kooperation zu forcieren. Denn schwierige, politisch verwickelte und kostspielige Aufgaben, stellen völlig isoliert voneinander agierende Gemeinden vor schier unlösbare Probleme. Mit übergemeindlicher Zusammenarbeit und mit vereinten Kräften lassen sich aber selbst gravierende Schwierigkeiten professionell bewältigen.



Bei der Verfolgung adäquater Strategien, welche der Abwanderung samt ihren Konsequenzen begegnen möchten, empfiehlt sich jedenfalls ein behutsames, schrittweises Vorgehen, das aufkeimenden Initiativen Platz zur Entfaltung lässt. Denn die Entwicklung der Vergangenheit hat auch gelehrt, dass gerade in strukturschwachen Räumen, wie dem Waldviertel, Krisenerscheinungen Innovationen begünstigen, getreu dem Sprichwort „Not macht erfinderisch!“ In diesem Zusammenhang sollte man aber auch keine Illusionen nähren oder ein Allheilmittel erwarten, sondern vielmehr die Leute mit Ideen und Visionen fördern und aus gelungenen Ansätzen Motivation schöpfen. Denn immer wieder gelang Waldviertlern die unternehmerische Verknüpfung von Innovation und Tradition zur erfolgreichen Erschließung und Besetzung von Marktnischen. – Wie so oft im Leben kein riesiger Wurf, der auf einmal alles zum Besseren wendet, sondern ein mühseliger Weg unzähliger kleiner Schritte, die zwar das Gesamtproblem der Abwanderung nicht endgültig lösen, die aber das Leben mit dem Problem erleichtern.

Schlussbemerkungen

Wo die Abwanderung stetig voranschreitet, wie im Waldviertel, hilft ein Ignorieren oder Totschweigen der sich stetig verschärfenden Probleme am wenigsten. Offensiven zum Halten oder gar zur Neuansiedlung von Menschen und Betrieben haben schon in der Vergangenheit – obwohl immer wieder mit viel Elan und beachtlichem Mitteleinsatz in Angriff genommen – wenig gebracht und dürften auch in der Zukunft nur sehr begrenzt fruchten. Wo allerdings Initiativen entstehen, sollte man diese stützen und nicht womöglich noch behindern. Am zielführendsten scheint es hingegen, sich auf den Bevölkerungsschwund durch gezielte Schrumpfung, durch gemeindeübergreifende Kooperationen und durch eine Neuordnung des Lebensraumes einzustellen, damit die vielen Schicksale der Abwanderung für alle so erträglich wie möglich bleiben.



Glaubt an dieses Waldviertel!

Heinrich Wohlmeyer

Liebe Freunde!

Mein Beitrag ist ein Brief an Euch Waldviertler – vor allem an die Jugend. Es ist gerade drei Uhr am Morgen. Ich bin zu meinem ‚Herztermin‘ wach geworden. Eine schwere Myocarditis, der ich fast erlegen wäre, hat meinen Sinusknoten geschädigt, daher schaltet mein Herz zu einer Zeit, da andere am tiefsten schlafen, zu tief, und ich wache mit Beklemmung auf. Aber, wenn ich mich bewege, kommt es wieder auf Touren ... und oft bleibe ich dann auf, wenn mich ein Gedanke bewegt ...

Ich habe mir diesen Schaden zugezogen, als im Parlament trotz hohem Fieber mit Bruno Kreisky bis Mitternacht verhandelt habe, weil es damals um Schutz- und Fördergesetze für das Waldviertel ging. Daher werde ich jede Nacht an das Waldviertel erinnert. Ich schreibe gerade an einem weiteren Buch mit dem Titel *Aufstand der Schafe – Handlungsanleitungen für eine sanfte Revolution in Richtung Zukunftsfähigkeit*, denn was derzeit europa- und österreich-politisch abläuft ist ‚zukunfts-kriminell‘. Wie üblich schreibe ich gegen die ‚deadline‘. Dennoch diese Zeilen als Einschub, weil sie mir am Herzen liegen. Als ich damals im Parlament verhandelt habe, war die ‚Hauptstrommeinung‘, dass das Waldviertel aufzugeben wäre. Der bekannte Wirtschaftsjournalist *Horst Knapp* hat es in die knappen Worte gekleidet: ‚Macht doch dem langsamen Siechtum ein humanes Ende und sagt den Waldviertlern, dass es leider keine positiven Zukunftsaussichten gibt. Macht aus dem Waldviertel einen großen Naturschutzpark, in dem man wieder Bären jagen kann, statt unsinnig Förderungen zu verschwenden, die in ein Fass ohne Boden gehen. Auch die Waldviertler selbst haben an keine positive Zukunft geglaubt. Als ich damals mit *Adi Kastner* die erste ‚Visionstagung‘ veranstaltete, waren wir so Organisatoren wie Zuhörer – nämlich je drei

Ich habe damals dem verzweifelten Adi gesagt: „Denen geht es noch nicht schlecht genug. Erst in der Not werden sie in das Rettungsboot springen.“ Später haben wir einen Turnsaal für unsere ‚Zukunftstagungen‘ gebraucht.

Offenbar geht es uns gegenwärtig zu gut, um zu sehen, dass das Waldviertel zwar kein leichter, aber ein zukunftsfähiger Boden ist. Ergo wandern wir dorthin ab, wo es kurzfristig scheinbar leichter ist.



Ich denke daher: Es geht vor allem um die positive Zukunftsvision. Ein Volk und eine Region das/die nicht an seine Zukunft glaubt, wird seine/n Niedergang erfahren. Wenn wir den **Rückblick aus der Zukunft** wagen, dann werden wir sehen, dass wir in Hinkunft nicht nur jeden Quadratmeter fruchtbaren Bodens brauchen, sondern auch auf allen Ebenen die dezentralen Versorgungssysteme, die wir gerade einem nicht zukunfts-fähigen Zentralisierungswahn opfern, zum Überleben benötigen werden. Die Großsysteme und die Ballungszentren werden ökologisch und sozial unter Druck kommen. Ihre Versorgungssysteme sind auch höchst verletzlich. Denken sie nur an Ausfälle im IT- und Energiebereich. Eine zukunfts-fähige Strategie für eine robuste und glückhafte ‚Überlebensökonomie‘ erfordert intelligente Dezentralisierung und Vernetzung ... und diese Chance haben wir im Waldviertel.

Im Energiebereich zeichnet sich bereits das Umdenken ab. Energieraumplanung kommt in die Köpfe. Die optimale Kombination aller lokalen Energiequellen wird uns in Zukunft tragen müssen ... und diese haben wir zur Verfügung – von der Kleinwasserkraft über die Biomasse bis zum Wind. Diese werden wir auch so gestalten müssen, dass sie im Krisenfall eine Grundversorgung im Inselbetrieb ermöglichen. Dasselbe gilt für die Ernährung und für die anderen Basisdienste.

Wenn wir diese Vision haben, dann werden wir für sie nicht nur Opfer bringen, sondern auch die erforderlichen Ideen haben, die uns lokale Arbeitsplätze bieten. Vorbildstrategien, wie Waldland, Sonnentor, Waldviertler Schuhe, die Klima- und Energieregion Groß Schönau, Wohnen im Waldviertel, Bruckner Fenster oder Tischlereien, wie Kases, sollten uns Ermutigung geben.

Am Beginn von Moorbad Harbach standen ein innovativer Bäckermeister und einige saure Wiesen ... Ich sehe den Beginn noch vor mir. Wenn ich nun aber antreffe, dass dort etliche Ausländer arbeiten, weil sich zu wenige Waldviertler finden, dann denke ich mir meinen traurigen Teil ... Glauben wir nicht ausreichend an unsere Region? In allen regionalpolitischen Strategien sind wir nüchtern – aber engagiert – wie folgt vorgegangen:

- Zuerst Erstellung eines ‚Zielbaumes‘ in dem wir unsere großen und kleinen Ziele festgehalten haben. Fristen und Kosten durften nicht fehlen.
- Dann aber der ‚Maßnahmenbaum‘ untergliedert in, was wir selbst tun können, wo wir in



Gemeinschaft agieren können und wo wir zusätzliche Hilfe sowie neue Rahmenbedingungen einfordern müssen.

Als wir seinerzeit für das Waldviertel in konzertierter Aktion aller Parteien und der Sozialpartner vorzeitige Abschreibungen durchgesetzt haben, hat man uns anfangs gefragt, ob wir ‚irrsinnig‘ seien. Wir haben aber dargelegt, dass wir keine Subventionsbetriebe, sondern Unternehmen anlocken wollen, die zukunftsfähig investieren. Dies kostete dem Staat weniger und brachte der Region, die durchstarten müsse, mehr. Das war aber alles nur möglich, weil wir überzeugt und geschlossen agiert haben.

Ein Beispiel für Ausnahme-Rahmenbedingungen: Das Große Walsertal war de facto abgeschrieben. Der damalige ‚Leitkopf‘, Anton Türtscher (später Landesrat) aus dem Ort Sonntag kam mit seinen Mannen zu uns in Waldviertel, um ‚aufzutanken‘. Wir haben ermutigt und beraten. In der Folge wurden nicht nur zukunftsweisende Investitionen in den Bereichen Bildung, Energie und Verkehr durchgesetzt, die EU hat – entgegen allen Expertenauskünften - schließlich sogar ‚Nahversorgungsprämien‘ für die lokalen Kaufleute und Gewerbetreibenden genehmigt. Der *Biosphärenpark Großes Walsertal* ist nun eine Vorzeigeregion ... Es sind also Maßnahmen möglich, die auf den ersten Blick undurchführbar erscheinen, wenn eine Region überzeugend zusammensteht.

Ich kann Ihnen als alter Mann (ich bin 76 Jahre alt) keine Projekte mehr ‚durchreissen‘, aber eines kann ich Ihnen mitgeben:

Wenn man seine Heimat und die Mitmenschen liebt und einem daher ihre Zukunft am Herzen liegt - und wenn man dazu das nötige Gottvertrauen hat, dann werden auch jene Gedanken, der Mut und die Kraft kommen, die für die Zukunft tragen. Letzteres ist geradezu ein Nachruf auf Adi Kastner, der von einem ‚umwerfenden‘ – besser aufrichtenden Gottvertrauen getragen war.



Von wegen Abwanderung: Das Waldviertel zieht viele Menschen an.

Josef Wallenberger

Der sich seit Jahren vollziehende demografische Wandel bringt eine Menge Herausforderungen für das Waldviertel. Alle Lebensbereiche sind davon berührt. Von der Daseinsvorsorge über das Potenzial an qualifizierten Arbeitskräften bis zu den Angeboten in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft und der Infrastrukturausstattung. Es stimmt, das Waldviertel hat seit Jahrzehnten eine große Zahl an Hauptwohnsitzer/innen verloren. Die Lage an einer Außengrenze - einer Barriere die keine funktionellen Verflechtungen zugelassen hat, das Fehlen größerer innerregionaler Zentren, die aus eigener Kraft Entwicklungsdynamik erzeugen, und der damit einhergehende Verlust an Arbeitsplätzen und in Folge die steigende Abwanderung sind bereits umfassend publiziert worden.

Fakten, die manchmal einer Spirale nach unten gleich kommen, aber keineswegs ein unumkehrbares Naturgesetz darstellen.

Die Schrumpfungsprozesse haben natürlich auf die Standortattraktivität gewirkt. Nicht immer wurde auf den Bevölkerungsrückgang mit einer entsprechenden Anpassung der Infrastrukturausstattung reagiert. Schrumpfung zu thematisieren ist eben nicht „sexy“.

Nun hat sich aber in den letzten 20 Jahren vieles verändert. Das Waldviertel - ein Zwischenraum mit geringer Dichte, wie es im europäischen Planungsjargon so schön heißt - gewinnt wieder an Attraktivität. So zum Beispiel durch die langsam wieder entstehende Achsenbildung und die Lage zwischen Wien – Budweis (Linz) – Iglau – Prag mit einem starken produzierenden Wirtschaftsstandort GmündSchrems. Auch die erfolgten und geplanten Investitionen in die Erreichbarkeitsinfrastruktur zeigen ein Nachholen des Ausstattungsrückstandes. Sieht man von der leider immer noch nicht attraktivierten Franz-Josef Bahn ab.

Entscheidend jedoch ist eine zweite Entwicklung, die durch keine Autobahn erzwungen werden könnte. Das Waldviertel ist als Lebens- und Wohnstandort wieder gefragt. Das war nicht unbedingt eine strategische Entwicklung. Man könnte fast sagen, dass diese Entwicklung passiert ist. Werte und Ressourcen, die in einer international vernetzten Welt mit einer sich rasch entwickelnden Gesellschaft für viele Menschen wieder zählen, haben sich hier gehalten. Nicht zuletzt auf Grund der mühevoll über Jahrzehnte erworbenen



Resilienz. Authentizität, Nachhaltigkeit, Natur, Überschaubarkeit und das „sich zurechtfinden“ sind Stärken, die plötzlich einen Standortvorteil darstellen und gerade Menschen, die den Zentralraum hinter sich lassen möchten, vermehrt anziehen. Immerhin sind in den letzten fünf Jahren etwa 20.000 Menschen als Hauptwohnsitzer/innen ins Waldviertel zugezogen. Gar nicht zu reden von den vielen Zweitwohnsitzer/innen, die das Waldviertel auch als „persönliche Tankstelle“ nutzen.

Und plötzlich ist demografische Entwicklung kein Angstthema mehr. Die Auseinandersetzung damit wird zur Entwicklungsperspektive für das Waldviertel.

Ja es stimmt, die Region hat wie alle ehemaligen Grenzregionen einen höheren Anteil älterer Menschen und rückläufige Geburtenbilanzen. In etlichen Gemeinden liegt der Anteil der über 60-jährigen bereits bei über 30 Prozent. Aber das muss kein Nachteil sein, es kann auch einen Erfahrungsvorsprung darstellen. Schließlich ist dies eine Entwicklung, die anderen Regionen erst bevorsteht.

Altersgliederung 2010 in Prozent	bis 14	15 bis 59	60+
Niederösterreich	15,0	60,8	24,2
HR Waldviertel	14,3	59,7	26,1
Bsp.: Bezirk Gmünd	13,3	58,0	28,7

Quelle: STATISTIK AUSTRIA und ZMR , 2011

Es gilt diese Tatsache aufzugreifen und entsprechend darauf zu reagieren. Stichwort „Betreubares Wohnen versus Schulstandorte“. Hier taucht wieder die entscheidende Frage auf, wie gehen wir mit den demografischen Entwicklungen um? Welche Auswirkungen erkennen wir? Worin liegen die Entwicklungspotenziale?

DIE BESCHÄFTIGUNG MIT DEM DEMOGRAFISCHEN WANDEL LOHNT SICH.

mehr.älter.bunter.jünger.weniger - Veränderung wirkt.

Der demografische Wandel war lange nur ein Thema für Wissenschaft, Medien und Politik. Nun wird es auch für Gemeinden und Regionen immer interessanter. Es gibt immer weniger junge, dafür immer mehr ältere Menschen. Lebensstile haben sich verändert. Wohnformen sind im Wandel. Die Menschen fragen in Zukunft andere Leistungen nach als heute. In welche Infrastruktur lohnt es sich zu investieren? Wie kann die Lebensqualität in der



Gemeinde gehalten oder sogar gesteigert werden? Kann eine Gemeinde oder eine Region da überhaupt etwas beeinflussen und wenn ja, wie? Nicht ohne Grund hat daher die EU 2012 das „Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ ausgerufen.

Auch Unternehmen haben Fragen. Wer sind die Kunden von morgen? Wie viele sind es und wo leben sie? Welche Bedürfnisse haben sie? Wie viele Arbeitskräfte und mit welcher Qualifikation werden in Zukunft zur Verfügung stehen? Viele Fragen – und die Antworten sind komplex. Wer tatenlos den Entwicklungen zusieht muss mit den Folgen unvorbereitet leben. Wer sich aktiv mit dem demografischen Wandel beschäftigt, kann ihm Chancen abgewinnen und mögliche Risiken erkennen. Denn es ist besser Handlungsfelder zu identifizieren und Antworten parat zu haben, als die Augen zu verschließen.

Die richtigen Wege in die Zukunft finden.

Die Herausforderung besteht darin, Zeit und Geld richtig zu investieren. Dazu muss man ein paar Dinge wissen. Welche sind in Zukunft die wichtigsten Stärken und Schwächen der Gemeinde/Region? Wie wird sich die Region entwickeln? Worauf gilt es sich einzustellen?

Es geht darum, die richtigen Entwicklungspfade zu erkennen. Dann ist es einfacher die richtigen Maßnahmen zu realisieren. Das Wissen um den demografischen Wandel hilft, **realistisch zu bleiben**. Eine Region beispielsweise, die seit Jahrzehnten schrumpft, wird nicht in fünf Jahren einen Bevölkerungsboom erleben. Aber durch die richtigen Maßnahmen kann die Lebensqualität erhalten und auch erhöht werden. Schrumpfung kann auch ein Mehr an Qualität abseits von Größe bedeuten.

Anders verhält es sich bei boomenden Orten mit starkem Zuzug. Oft kommt beides in unmittelbarer Nachbarschaft vor. Es gibt daher viele Gründe, warum sich die Beschäftigung mit dem demografischen Wandel lohnt.

Statistik ist nur die Basis – Es geht immer um Menschen.

Die meisten verbinden mit dem Begriff Demografie vor allem eines: Statistiken wie Geburtenraten, Sterberaten und Wanderung. Stimmt! Aber das ist nur die Basis. Trotz der vielen Zahlen geht es immer um Menschen. Menschen, die sich und ihr Umfeld laufend verändern. Sie werden geboren und werden älter. Sie lernen und arbeiten. Sie haben Freizeit und Hobbys. Sie wohnen und ziehen um. Sie gründen Familien. Sie engagieren sich je nach Lebensphase mehr oder weniger. Sie integrieren sich, oder auch nicht. Sie gehen in Pension

und werden langsam alt. Und so wirken sie auf die Region, die Unternehmen, den Arbeitsmarkt, den Wohnstandort und das Zusammenleben.

Menschen verändern sich. Das ist nicht neu!

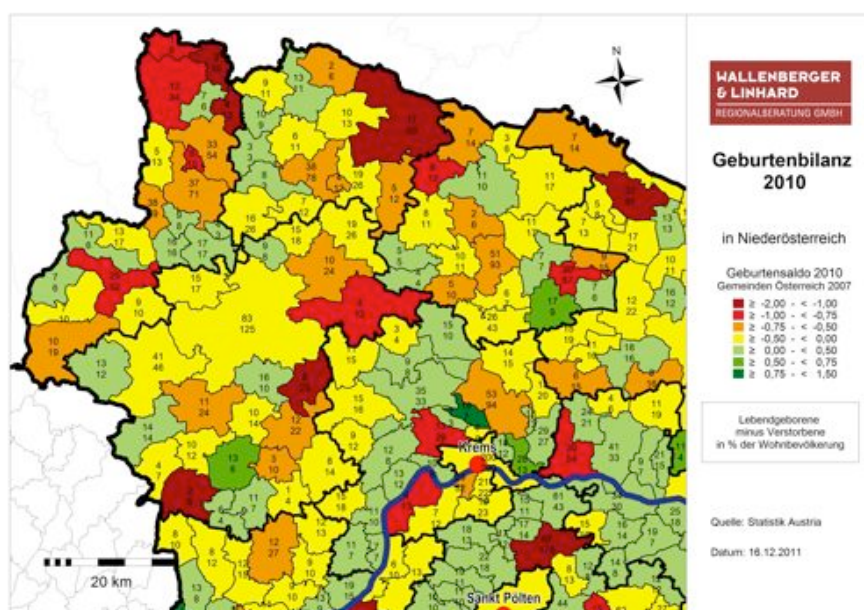
Die Zeiten sind auch im Waldviertel vorbei, in denen Menschen einen vorhersehbaren Lebensweg vor sich hatten. Wir sind flexibler und mobiler geworden. Wir üben im Laufe unseres Lebens unterschiedliche Berufe in verschiedensten Unternehmen aus. Wir sind unselbstständig beschäftigt und immer öfter auch einmal freiberuflich oder selbstständig tätig. Wir wohnen an unterschiedlichen Orten und haben manchmal auch gleichzeitig mehrere Wohnsitze. Wir heiraten und trennen uns wieder, leben in Partnerschaften, in Patchworkfamilien oder alleine. Wir nutzen neue Wege der Kommunikation. Mit 60 fühlen wir uns um zehn Jahre jünger und verhalten uns auch so.

Eigentlich ist das nichts Neues. Menschen haben sich schon immer verändert. Neu ist nur die Geschwindigkeit, mit der wir nun damit konfrontiert werden und darauf reagieren sollen. Die Veränderung selbst war und ist gar keine rasante. Es bedeutet nur, dass Unternehmen, Politik und Verwaltung aufgefordert sind sich immer kurzfristiger an diese Veränderungen anzupassen.

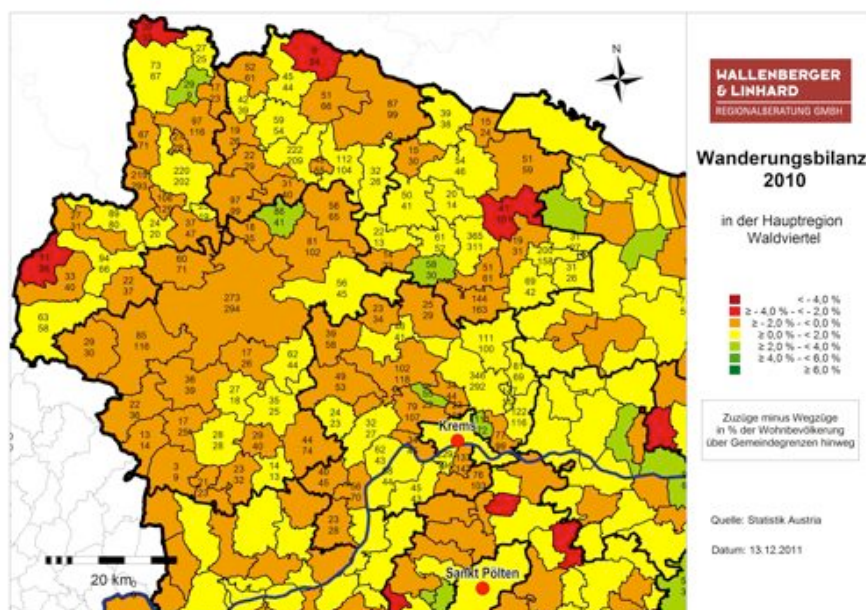
Nicht nur im Saldo denken!

Rein zahlenmäßig ist die Bevölkerungsveränderung leicht auszurechnen: Geburten minus Sterbefälle und Zuzüge minus Wegzüge. Ist der Saldo positiv wächst der Standort. Ist er negativ schrumpft er.

Aber so einfach ist es nicht. Menschen die wegziehen hinterlassen gesellschaftliche Lücken. Menschen die zuziehen bringen oft ihre eigenen Ideen ein, die manchmal neu und anders sind und geben so Impulse.



Der demografische Wandel verändert auch das Waldviertel. Aber wie? Welche Menschen ziehen weg? Und welche Menschen kommen neu dazu oder kehren zurück? Aus welchen Gründen? Was erwarten sie sich? Wollen sie Hilfe dabei, sich in der Gemeinde zu integrieren oder wollen sie für sich bleiben? Diese Fragen sind wichtiger und spannender als die reinen Zahlen.



Große Unterschiede sogar innerhalb von Regionen.

Die Tendenzen sind unterschiedlich. Der demografische **Wandel in Regionen verläuft nicht überall gleich**. Während Gemeinden an den Hauptachsen oder im Umfeld von Bezirksstädten wachsen, sind oft bereits Nachbargemeinden und vor allem Ortschaften entlang der Grenze von Schrumpfung teilweise stark betroffen. Für jeden dieser Bereiche müssen andere Maßnahmen entwickelt werden.

Die Karten zeigen die Geburten- und Wanderungsbilanzen für das Waldviertel im Jahr 2010. Selbst in Gemeinden mit negativer Wanderungsbilanz ziehen viele Menschen zu. Kennen wir diese Menschen? Es sind Wähler und Kunden - für Gemeinden und für Unternehmen. Und es sind Gemeindemitglieder, die das Vereinsleben und den sozialen Zusammenhalt prägen.

Der Austausch zum Thema ist wichtig.

Das Fachgebiet demografischer Wandel ist selbst & ständig in Veränderung. Meinungen von unterschiedlichsten Menschen bereichern es und bringen neue Sichtweisen und Erkenntnisse. Es ist wichtig, diese Meinungen zuzulassen, anzuhören und damit weiter zu arbeiten. Mittlerweile ist es sehr





einfach, sich über Social Media Plattformen über Themen wie dieses auszutauschen. Sie sind eingeladen auf der Facebook – Plattform facebook.com/DemografischerWandel mitzudiskutieren.

Eine eigene fundierte Meinung haben.

Gerade beim Thema demografischer Wandel ist es gut, eine eigene, fundierte Meinung zu haben. Wie fast überall gibt es auch hier **Schlechtredner und Gesundheitsbeter**. Wem kann man glauben? Man muss dazu nicht alles bis ins kleinste Detail wissen. Aber ein solides Grundwissen braucht es, um die Hintergründe zu durchschauen. Und gerade wenn es um die eigene Region, die eigene Gemeinde, den Betrieb oder den Verein geht, ist dieses Wissen wertvoll. Viele Entscheidungen fallen leichter und erweisen sich als besser, wenn man den demografischen Wandel mit berücksichtigt.

Wohnen. Arbeiten. Leben. Natürlich im Waldviertel.

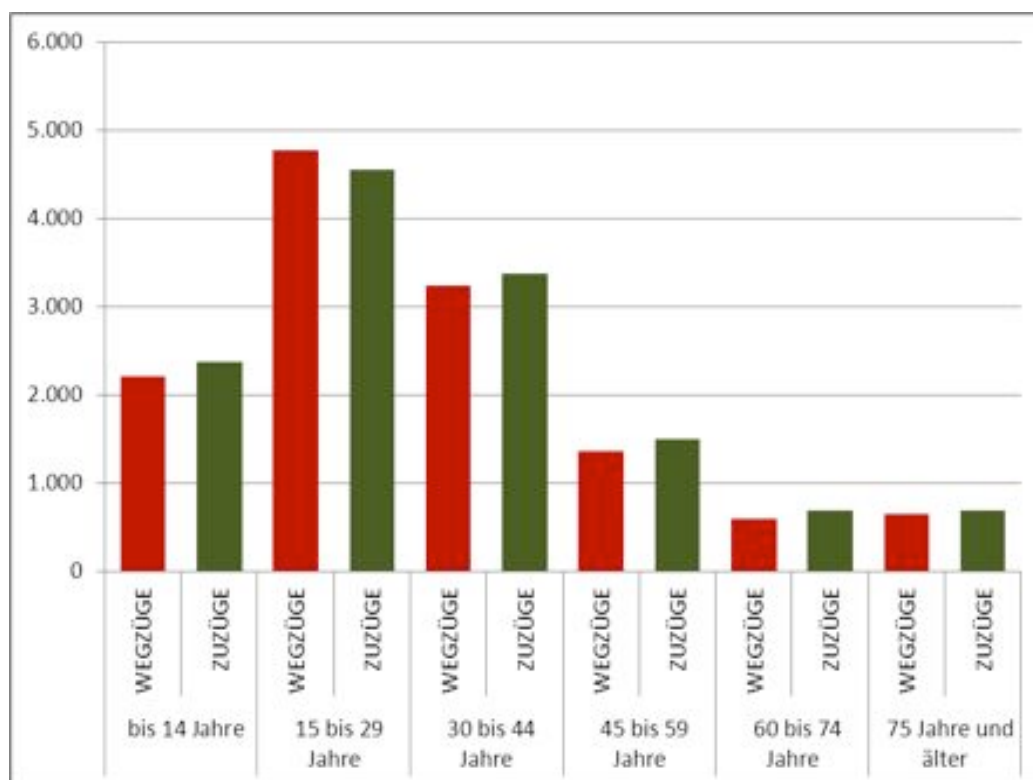
Provinz muss nicht provinziell sein. Das Waldviertel wird zunehmend als attraktiver Wohnraum wahrgenommen. Jetzt gilt es durch die fundierte Auseinandersetzung mit Prognosen, Fakten und Potenzialen die richtigen Maßnahmen zu setzen. Dabei darf auch die Beschäftigung mit dem Thema Schrumpfung nicht ausgeblendet werden. Hier haben besonders die Gemeinden eine wichtige Verantwortung.

Diese Verantwortung haben sie auch bei der Verbreitung von Botschaften. Zeichnen die Regionsvertreter/innen selbst schlechte Bilder des Waldviertels – menschenleer, kalt und wirtschaftlich rückständig – dann wird diese Meinung auch von anderen weiter verbreitet.

Obwohl das Image objektiv nicht immer richtig ist, beeinflusst es das Verhalten der Menschen. Um die Meinungen über das Waldviertel zu verbessern, ist Information und Kommunikation ein wichtiges Instrument.

Die Strategie Waldviertel hat bereits wesentliche Entwicklungstrends definiert, die der Region wieder eine optimistische Zukunft vorhersagen. Rahmenbedingungen, die sich gewendet haben und der Region wieder Attraktivität verleihen.

Wanderung im Jahr 2008 nach Altersgruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA, eigene Berechnung

Vielen Kritikpunkten kann selbstbewusst und durch Fakten untermauert entgegen getreten werden. Dem Waldviertel laufen nicht die jungen Frauen davon, wie in einigen Fernsehbeiträgen gezeigt. Die Wanderungsdaten bestätigen, dass die Region wieder verstärkt zum Zuzugsgebiet wird. Kein Wunder. Ist sie doch als leistbare Wohngegend mit viel Lebensqualität bekannt. Hier gibt es noch genügend Platz für die eigenen Wohnräume. Und das um deutlich weniger Geld als in den Ballungsräumen. Denn der Wohnraum in der Bundeshauptstadt und an ihren Rändern wird nicht nur immer knapper, die Kosten für Erwerb oder Miete steigen auch immer mehr an. Zieht man dann noch die Bau-, Errichtungs- und Sanierungskosten heran, wird schnell klar: Im Waldviertel auf eigenem Grund zu bauen, kostet weniger oder soviel, wie in den Ballungszentren alleine das Grundstück.

Dies ist aber nicht der einzige Grund, warum sich gerade junge Familien oder Alleinerziehende mit kleinen Kindern für das Waldviertel als Wohnstandort entscheiden. Auch die Sicherheit mit der die Kinder hier aufwachsen können und die Qualität der Schulen sind Auslöser für einen Standortwechsel aus der Stadt ins Waldviertel. Der Schwerpunkt muss künftig auf mehr Kinderbetreuungseinrichtungen als auf eine Autobahn gelegt werden.



Schön zu wohnen, aber keine Arbeitsplätze? Auch darauf gibt es bereits Antworten, denn in Sachen Arbeitsmarkt in der Region hat sich in den letzten Jahren ebenfalls so einiges getan. Die Asymmetrie am Arbeitsmarkt wird zwar noch eine Weile anhalten, allerdings suchen immer mehr Unternehmen im Waldviertel Mitarbeiter/innen und Auszubildende. Auch das ist eine Folge der demografischen Entwicklung und des höheren Anteils älterer Erwerbstätiger. Aufgrund des großen Interesses von über 2000 Jugendlichen und Arbeitssuchenden, aber auch wegen der hohen Zufriedenheit der Aussteller/innen bei der zweitägigen Jobmesse des Wirtschaftsforum Waldviertel 2011, wird es auch 2012 in Horn eine solche Messe geben. Waldviertler TOP Betriebe präsentieren quer durch alle Branchen und aus allen Bezirken ihre vielfältigen Berufsbilder und freien Stellen. Schüler/innen, jugendliche Berufseinsteiger, Arbeitssuchende, Lehrstellensuchende und Pendler/innen sind herzlich eingeladen.

www.wohnen-im-waldviertel.at

Ein gutes Beispiel für das Potenzial der Region ist das Projekt „Wohnen im Waldviertel“. Ein Treffpunkt von über 50 Gemeinden und 400 Botschafter/innen, die sich realistisch und potenzialorientiert mit der Außenpräsentation und Vermarktung des Wohnstandortes Waldviertel beschäftigen. Das Projekt zeigt wie wichtig kooperatives Vorgehen für den Umsetzungserfolg ist. Das Schöne daran, immer mehr Gemeinden und Waldviertler/innen engagieren sich aus Überzeugung für das Projekt.

Die vielen persönlichen Geschichten von Menschen, die in den letzten Jahren ganz bewusst ins Waldviertel gezogen sind, zeigen, dass die „Spirale nach unten“ durchbrochen wird und sich ihre Richtung ändern kann. Daher wundert es auch nicht, dass in den meisten Jahren bereits mehr Hauptwohnsitzer/innen in die Region Waldviertel zugezogen als weggezogen sind.

Neben der Neuaufnahme weiterer sieben Gemeinden konnten seit Projektstart 2009 viele Erfolge gefeiert werden. Allem voran Zuzug und die Vermittlung vieler Immobilien und Baugründe. Dies gelang durch die gute Arbeit der Gemeinden, durch die Kooperation mit fünf Immobilienmaklern, aber auch durch viele Privat-Inserent/innen, die ihre Immobilien zum Verkauf oder zur Vermietung über das „Wohnweb Waldviertel“ anbieten.

200.000 Besuche mit insgesamt 2.112.000 Seitenaufrufen und 700.000 Immobilien-Inserat-Aufrufe wurden auf www.wohnen-im-waldviertel.at registriert. Im Wohnweb gibt es mittlerweile ein Angebot von 1.100 Häusern, Wohnungen und Baugründen. Über 1.350



Interessierte haben allein mit der allgemeinen Servicestelle Kontakt aufgenommen. (Personen, die direkt bei den Gemeinden, Makler/innen oder Privatinsolvent/innen anfragten, wurde nicht erfasst.) Mehr als 380 Botschafter/innen unterstützen bereits die Idee und geben der Region ein Gesicht.

Es gibt also viele Gründe, um in's Waldviertel zu ziehen und im Waldviertel zu bleiben. Deshalb wundert es auch nicht, dass die letzte ÖROK Bevölkerungsprognose 2009 bereits deutlich besser ausfiel als die Vorhergehende. Der Schrumpfungprozess schwächt sich ab. Die Veranstaltungsreihe 2012 der Waldviertelakademie zum Thema Abwanderung zeigte wie wichtig und impulsgebend eine fundierte Diskussion zum Thema ist, um alten Bildern in den Köpfen entgegenzuwirken und den Blick auf die richtigen Maßnahmen zu schärfen.



Abwanderung - (k)ein Schicksal?

Alfred Riedl

1. Einleitung

Sinkende Geburtenraten, fehlende Arbeitsplätze, wenig Wettbewerbsfähigkeit, Pendeln zu Beruf und Ausbildung und nicht zuletzt Abwanderung stellen die österreichischen Gemeinden bereits seit einigen Jahren vor massive Herausforderungen: Sinkende Einnahmen auf der einen Seite, steigende und immer komplexer werdende Aufgaben auf der anderen Seite schränken den Handlungsspielraum der Gemeinden deutlich ein. Die besser ausgebildete Jugend findet in den ländlich-peripheren Regionen kaum Beschäftigung, wandert meist ab und geht den Heimatgemeinden damit verloren. Das sind die nüchternen Fakten, mit denen die Gemeinden aktuell konfrontiert sind.

2. Herausforderungen annehmen, Chancen nutzen

Doch unsere Aufgabe als Gemeindevertreter und Gestalter in den Kommunen ist es nicht, den Kopf hängen zu lassen, Trübsal zu blasen und auf bessere Zeiten zu hoffen. Nein, ganz im Gegenteil. An uns liegt es, die Herausforderungen der Zeit anzunehmen, die Chancen zu erkennen und als unmittelbare Gestalter in den Gemeinden zu beweisen. Denn klar ist auch, die Gemeinde ist die kleinste und unmittelbar greifbare Einheit in unserem Staatsgefüge. Sie ist der erste Ansprechpartner des Bürgers. Hier haben Bürger und Politik die größte Nähe zueinander. Gleichzeitig wird aber auch die Gemeinde als „Gemeinschaft“ für die Menschen immer wichtiger: Die Gemeinde ist der Ort, in dem Menschen ihr Zuhause haben. Hier finden Menschen auch in der globalisierten Welt ihren Platz.

Um eine Gemeinde attraktiv und lebenswert zu halten, ist ständige Arbeit und Initiative notwendig. Entscheidend dafür ist, dass sich jede Gemeinde ihrer Stärken und Schwächen bewusst ist und die Vorteile je nach Lage und Situation in die Hand nimmt.

3. Welche Gemeinden haben Zukunft?

Wie die künftige eine Entwicklung der Gemeinden aussieht, lässt sich nicht pauschal beantworten. Tatsache ist, dass man unterscheiden muss zwischen:

1. Peripheren ländlichen Gebieten
2. Ländlichen Gebieten in suburbanen Regionen und „Speckgürtelgemeinden“



3. Ländliche Gemeinden mit Chancen
4. Tourismusgemeinden im ländlichen Raum

Zur ersten Gruppe der peripheren ländlichen Gebiete kann man festhalten, dass es die Gemeinden in dieser Lage künftig schwer haben werden. Sie leiden enorm unter dem demografischen Wandel und damit unter Bevölkerungsverlust und Abwanderung. Sie kämpfen jetzt schon gegen die geringe Wirtschaftskraft und Finanzprobleme. Dazu kommt, dass diese Gemeinden auch eine Pendlerabhängigkeit verzeichnen.

Die zweite Gruppe der suburbanen Regionen wird sich durchaus gut entwickeln: Die Gemeinden profitieren durch günstige Lagen; hier gibt es Arbeitsplätze - moderne Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungs- bzw. Handelsbetriebe. Außerdem sind die Gemeinden in diesen Lagen auch sehr zentrumsorientiert. Die Gemeinden werden also in Zukunft nicht von der Abwanderung betroffen sein, sondern sogar wachsen.

Die dritte Gruppe bezeichne ich als Gemeinden mit Chancen: Die Gemeinden sind zwar auch in ländlichen Regionen, zeichnen sich aber dadurch aus, dass sie sich Nischen suchen, die sie einzigartig machen, wie beispielsweise Güssing, das einen Schwerpunkt auf erneuerbare Energien setzt, oder Grafenwörth, das sich in der Demenz- und Altenbetreuung spezialisiert hat. Diese Gemeinden bilden mit ihren „Nischen-Angeboten“ nicht nur Schwerpunkte, sie schaffen gleichzeitig Arbeitsplätze, Wohlstand, Lebensqualität und Anreize für Zuzügler. Daher wird sich die Zukunft in diesen Gemeinden auch durchaus positiv entwickeln.

Die vierte und letzte Gruppe betrifft die Tourismusgemeinden, denen es nicht zuletzt auch durch Synergien beispielsweise mit der Landwirtschaft (Direktvermarktung, Bio-Angebote usw.) weiterhin gut gehen wird.

Generell lässt sich sagen, dass es für die breite Mitte der Gemeinden (zwei Drittel der österreichischen Gemeinden) in den nächsten 10 Jahren ein Überlebenskampf wird. Die Gemeinden werden in einen Verdrängungswettbewerb kommen, es kommt zum Verlust an Einwohnern und schlussendlich werden sich die stärksten behaupten und damit auch überleben. Ein Drittel der Gemeinden wird übrig bleiben, es werden vorwiegend jene in den Speckgürtelzonen sein.



4. Rolle des Bürgermeisters:

Bei der künftigen Entwicklung unserer Gemeinden wird auch die Rolle des Bürgermeisters mitentscheidend sein: Das Amt des Bürgermeisters wird immer wichtiger werden. Die Zeit des Verwalters hin zum aktiven Gestalter und Manager wird noch mehr zum Tragen kommen und sich nicht zuletzt an der Entwicklung der Gemeinde widerspiegeln.

5. Mehr Engagement ist gefragt

Die Zeit zeigt es uns bereits, dass Bürgerbeteiligung und Engagement immer mehr das Leben und politische Geschehen einer Gemeinde prägen. Diese Faktoren werden künftig überlebenswichtig sein, egal, ob es um den Verschönerungsverein vor Ort, oder die Freizeitgestaltung und das Vereinsleben in der Gemeinde bis hin

zu aktuellen Bürgerbeteiligungsprojekten, wie der „Syntegration“ geht. Engagement und Eigeninitiativen vor Ort werden das Leben und Überleben einer Gemeinde bestimmen.

Dabei zeigt gerade das aktuellste Bürgerbeteiligungsbeispiel „Syntegration“ in den Gemeinden, wie Tabubrüche, die bis jetzt undenkbar und unlösbar schienen, gemeinsam in der Bevölkerung diskutiert werden und konkrete Lösungsansätze erarbeitet werden.

6. Kooperation statt Zusammenlegung

Für die künftige Entwicklung der Gemeinden, egal in welcher Lage sich diese befinden, wird das Maß aller Dinge die Kooperation sein. Denn die Antwort auf sinkenden Einnahmen in den Gemeinden kann nicht die Zusammenlegung sein. Und auch wenn die Gemeinden bereits seit Jahrzehnten in den verschiedensten Bereichen erfolgreich zusammenarbeiten, gibt es hier noch großes Potenzial, das Schritt für Schritt erkannt und umgesetzt werden muss.

Der niederösterreichische Landtag hat erst kürzlich ein umfassendes Gemeindepaket beschlossen, das Kommunen nicht nur erleichtern soll, Kooperationen einzugehen, sondern auch Förderungs-Anreize zur verstärkten Zusammenarbeit gibt.

Außerdem sehen wir am Beispiel der Steiermark, dass:

1. Das, was die Steirer jetzt als große Gemeindereform verkaufen, wir in Niederösterreich bereits in den 70er Jahren erledigt haben.



-
2. Gemeindezusammenlegungen nicht die Lösung für sinkende Einnahmen der Gemeinden sind.
 3. Wenn und wo Gemeindezusammenlegungen Sinn machen, lassen wir es den Bürgern und Gemeinden frei, diese zu vollziehen. Aber Zwangszusammenlegungen gibt es in Niederösterreich sicher nicht.

7. Schlusswort

Abschließend bleibt zu sagen, es kein Patentrezept für die künftige Entwicklung einer Gemeinde gibt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat auch vor den Toren der Gemeinden nicht halt gemacht. Regionen und Gemeinden, die sich ihrem Schicksal fügen, steuern auf harte Zeiten zu. Regionen und Gemeinden, die pro-aktiv handeln, werden große Chancen haben.



Einige Gedanken zu einem umfangreichen Thema

Walter Tausch

1. Auffallend viele Österreicher leben ausserhalb der städtischen Zentren:
Genau gesagt 47 % oder fast 3 Millionen.
2. Sie betreiben Unternehmen, arbeiten in Industrie, Gewerbe oder Dienstleistungsunternehmen. Um ihre Arbeitsplätze oder Ausbildungsstätten aufzusuchen legen sie täglich oft große Strecken zurück.
3. Einige sind noch als Landwirte tätig.
4. Vor allem seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union haben wir uns einreden lassen, die Probleme der nichtstädtischen Regionen und ihrer Bewohner als vornehmliche Fragen der Ländlichen Entwicklung und damit als die „der Landwirtschaft“, d.h. als jene des Landwirtschaftsministeriums, der Landwirtschaftskammern, der landwirtschaftlichen Genossenschaften und des Bauernbundes zu betrachten.
5. Letztlich wird aber alles, was in der Landwirtschaft geschieht, geschehen und gefördert werden soll „in Brüssel“ entschieden. Umgesetzt wird es dann bei uns durch das Landwirtschaftsministerium.
6. Es gibt aber auch andere Politikbereiche, die sowohl in der Europäischen Union wie bei uns sich mit den Menschen und ihren Problemen beschäftigen: zum Beispiel die Regionalförderung und die Arbeitsplatzförderung.
7. Auch diese Politikbereiche werden sowohl in der Europäischen Union wie in Österreich entschieden und betrieben, es stehen ebenfalls bedeutende Mittel dafür zur Verfügung, sie werden in eigenen Verwaltungseinheiten durchgeführt und von eigenen Interessensvertretungen bearbeitet und beurteilt.



8. In der Praxis ergibt sich nun für die drei Millionen Österreicher, die nicht in Städten leben, dass für ihre Probleme mehrere Ministerien, mehrere Interessensvertretungen und mehrere Förderungssysteme tätig sind.
9. Was wie ein optimaler Zustand aussieht, ist aber in Wirklichkeit das Problem und nicht die Lösung, weil niemand und nichts für die drei Millionen Österreicher tätig sein **darf** sondern nur für jeweils 180.000 Landwirtschaftliche Betriebe oder 300.000 Arbeitslose oder 9 Bundesländer.
10. Auch in Brüssel ist seit längerem diese wenig nützliche Situation bekannt und schon seit langem Ziel des Programmes EUROPA 2020 oder „Lissabon Strategie“ zur umfassenden zielgerichteten Verwirklichung eines sozialen, leistungsfähigen und umweltbewussten Europas.
11. Da bisher die Wirkungen der „Lissabon Strategie“ nicht sehr deutlich wurden, hat man in Brüssel im Rahmen der Vorarbeiten zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und des Programmes der Ländlichen Entwicklung es unternommen, die finanziell am besten ausgestatteten Europäischen Programme das sind die Gemeinsame Agrarpolitik und die Ländliche Entwicklung zur besseren Zusammenarbeit mit den anderen Politikprogrammen zu bringen und ihre Wirkungen zum Wohle aller Europäer strenger zu beurteilen.
12. Untersuchungen des österreichischen Programmes der Ländlichen Entwicklung zeigten, dass bei uns nur wenige neue nichtlandwirtschaftliche Arbeitsplätze (ca. 1500) geschaffen aber einige landwirtschaftliche Arbeitsplätze (ca. 60.000) gesichert wurden. Im Vergleich zu den anderen Förderungsmaßnahmen wie dem Arbeitsmarktservice ist der Erfolg äußerst mäßig und viel zu teuer erkaufte.
13. Zwar ist verständlich, dass die Durchführung der Ländlichen Entwicklung durch das österreichische Landwirtschaftsministerium vorwiegend landwirtschaftlichen Interessen (mindestens 80%) diene, steht aber im Gegensatz zur Praxis in anderen



Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wie den Niederlande wo nur 20 % dieser Ausgaben landwirtschaftliche Interessen betreffen.

14. Die Nutzung der Programme der Ländlichen Entwicklung durch Österreich wurde vornehmlich von Problemen der Landwirtschaft beim Beitritt zur Europäischen Union 1994 bestimmt und diente dazu, einen Einkommensverlust der Landwirte bei Anpassung auf das niedrigere Preisniveau der Europäischen Union indirekt auszugleichen.
15. Wenn 2014 die neue Gemeinsame Agrarpolitik und die neue Ländliche Entwicklung in Kraft treten werden, ist der Preisverlust beim Beitritt zur Europäischen Union bereits 20 Jahre Geschichte und kann jedenfalls kein Argument liefern, aktuelle Zahlungen an wen auch immer zu rechtfertigen. Umso weniger als dies der Europäischen Kommission bekannt ist und die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dies als eine ungerechtfertigte Bevorzugung Österreichs empfinden und dies bei der Neuverteilung der Mittel ansprechen werden.
16. In Zeiten finanzieller und budgetärer Einschränkungen sowie steigender Arbeitslosigkeit scheint es politisch undenkbar und geradezu eine Provokation der Wähler, Förderungssysteme nicht zu ändern, die zigtausende Arbeitsplätze fördern könnten dies aber nicht tun.
17. Dabei sind Arbeitsplätze die Grundbedingung zur Lösung der meisten Probleme, die periphere Regionen und die dort lebenden Menschen haben und nicht das rechnerische Wohlergehen eines Teils „der Landwirtschaft“.
18. Was derzeit als Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Ländlichen Entwicklung diskutiert wird, ist für 3 Millionen Österreicher von entscheidender Bedeutung. Wie diese Reform gestaltet und danach umgesetzt wird, geht Alle an.
19. Im Ablauf der Entscheidungsprozesse der Europäischen Union wird die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Ländlichen Entwicklung vornehmlich im Rat



Landwirtschaft und dem Europäischen Parlament diskutiert. Die Finanzierung wird danach im Rat der Finanzminister („ECOFIN“) vorbereitet, die Entscheidung wird aber im Europäischen Rat (d.h. dem Rat der Regierungschefs) nach Vorberatungen der Außenminister getroffen. Mit dem Europäischen Parlament ist diesmal bereits das Einvernehmen herzustellen.

20. Man sollte annehmen, dass eine solch wichtige und umfassende Angelegenheit nicht nur von ein paar Experten diskutiert sondern auf breiter Basis mit allen Institutionen und den Betroffenen offen besprochen werden sollte.

Das österreichische Parlament machte dazu am 23. 5. 2011 einen guten Anfang in Form einer parlamentarischen Enquete. Dieser sollten nun ähnliche Schritte der Bundesregierung zusammen mit den Landeshauptleuten folgen.

Über das Wanderungs- und Bleibeverhalten junger Frauen

im ländlichen Raum der Steiermark

Gerlind Weber, Tatjana Fischer

1. Zur Studie „Gehen oder Bleiben“

Bereits 2007 wies die Landesstatistik Steiermark darauf hin, dass mittlerweile in der Mehrheit der steirischen Verwaltungsbezirke signifikant weniger Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren leben als gleichaltrige Männer. Besonders ausgeprägt ist dieses Missverhältnis in der Geschlechterverteilung in den strukturschwachen Bezirken der Obersteiermark. Diese Tatsache und Prognosen, die davon ausgehen, dass im Jahr 2030 etwa zwei Drittel der steirischen Gemeinden eine rückläufige Bevölkerungsentwicklung aufweisen werden, haben u. a. auf Initiative des Vereins Landentwicklung Steiermark die Fachabteilung 19 D „Abfall- und Stoffflusswirtschaft“ im Amt der Steiermärkischen Landesregierung veranlasst, im Herbst 2008 das Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung der Universität für Bodenkultur Wien mit einer Studie zu beauftragen, die sich der Frage nach den Motiven, die sich hinter dem Abwanderungs- und Bleibeverhalten junger Frauen verbergen, widmet. Des Weiteren sollte reflektiert werden, inwiefern die Lokale Agenda 21 das Bleibeverhalten junger Frauen beeinflussen kann und welche Lösungsansätze auf Gemeindeebene zur Sicherung bzw. Hebung der Lebensqualität junger Frauen möglich und hinsichtlich ihrer Umsetzung realistisch sind.

Um den kontinuierlichen Dialog zwischen Auftraggeber und Forscherinnenteam zu gewährleisten und die Arbeitsschritte zu justieren, wurde zu Projektbeginn eine Begleitgruppe – bestehend aus VertreterInnen des Landes Steiermark und dem Verein Landentwicklung Steiermark – konstituiert, die während der Projektlaufzeit die Teilergebnisse reflektierte.

Um die strukturelle Vielfalt ländlicher steirischer Gemeinden abzudecken, wurden insgesamt zehn kleine Landgemeinden ausgewählt, wobei auf eine ausgewogene Repräsentation unterschiedlicher Landesteile ebenso Wert gelegt wurde, wie auf die Streuung der wirtschaftlichen Leistungsstärke sowie das Lagekriterium „Peripherie“ versus „Stadtnähe“.

Das Herzstück der Motivforschung bildete eine schriftliche Befragung der jungen Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren in den zehn ausgewählten Gemeinden. Die kleine

Grundgesamtheit von 551 Frauen sowie die Tatsache, dass die Befragung mittels Einbindung der jeweiligen Gemeinden in die Organisation und Abwicklung eine relativ geringe, aber dennoch repräsentative Rücklaufquote von 17,6 % erbrachte, lässt vermuten, dass ein gewisser Anteil der jungen Frauen sich möglicherweise deshalb dazu entschlossen hat, von einer Teilnahme der Befragung Abstand zu nehmen, weil sie die Anonymität nicht absolut gewahrt wissen konnten oder sie sich zum Zeitpunkt der Erhebung nicht am Hauptwohnsitz befanden oder sie generell die Teilnahme als nicht vordringlich empfanden.

Flankiert wurde die schriftliche Befragung junger Frauen von einer ExpertInnenbefragung, die BürgermeisterInnen ebenso umfasste wie im Rahmen der Lokalen Agenda 21 tätige RegionalbetreuerInnen, AmtsleiterInnen und sonstige ExpertInnen wie etwa Hebammen.

2. Dynamische Lebensphase bei Frauen zwischen 20 und 29

Viele politische EntscheidungsträgerInnen sehen die jungen Frauen als „HoffnungsträgerInnen“ in Hinblick auf die Sicherung der Funktionsfähigkeit ländlicher Räume. Dies deshalb, weil die Frauen vielfältige Aufgaben übernehmen, die der demographischen Stabilisierung, dem Erhalt der sozialen Kohäsion und die Kontinuität im Bestand des Systems „Dorf“ betreffen.

Wandern junge Frauen in „spürbarem“ Ausmaß ab, ist es den Gemeinden kaum möglich, die Lücken zwischen den vielfältigen Ansprüchen und der tatsächlichen Leistungserfüllung zu schließen. Dies deshalb, weil dann junge Frauen fehlen als: (Ehe-) Partnerinnen, Mütter und „sozialer Kitt“, Arbeitnehmerinnen und Unternehmerinnen, Konsumentinnen und Investorinnen, Trägerinnen intellektuellen Potenzials, Imageträgerinnen, Erbinnen und Übernehmerinnen.

Auch wenn viele Aufgaben „vor Ort“ auf die jungen Frauen zukommen, ist es a priori nicht gerechtfertigt, zu erwarten, dass diese Aufgaben selbstverständlich von ihnen übernommen werden. Dies deshalb, weil gerade diese Lebensphase sehr dynamisch ist und mit vielfältigen lebensbestimmenden Weichenstellungen behaftet ist:

Aus der Befragung junger Frauen geht hervor, dass in dieser Lebensphase die persönlichen Werthaltungen geprägt werden. In der dritten Dekade kommt es zudem zur Ablösung von der Herkunftsfamilie und dem Begründen eines eigenen Haushalts. Charakteristisch für diese Lebensphase ist zum einen eine hohe Dynamik bei der Wahl des Lebensmittelpunktes – 36 % der jungen Frauen haben vor 5 Jahren in einer anderen Gemeinde gelebt als zum Zeitpunkt



der Befragung – zum anderen die Bi- bzw. Multilokalität der Lebensorte, die sich aus dem „ständigen Unterwegssein“ im Zuge aufwändiger und höherrangiger Ausbildungswege ergibt. Zeichnen sich doch im Unterschied zur Müttergeneration die heute 20- bis 29-Jährigen durch ein hohes Ausbildungsniveau aus (38 % haben Matura, 8 % sind Akademikerinnen, 39 % haben eine abgeschlossene Lehre und 15 % haben nur einen Pflichtschulabschluss). Dazu kommt, dass in dieser Lebensphase die Suche nach einem Lebenspartner (noch) in vollem Gange ist – 21 % der Befragten sind verheiratet. Es wird auch die Entscheidung für bzw. gegen eine Mutterschaft – 67 % der an der Befragung Teilnehmenden Frauen sind (noch) kinderlos – gefällt.

Die geringe Bereitschaft zu einem ehrenamtlichen Engagement – nur 8 % der Befragten sind in Vereinen aktiv – ist Ausdruck „permanenter Zeitnot und großen Zeitdrucks“ sowie der Tatsache, dass die individuelle Lebenssituation im Mittelpunkt des Interesses steht. 59 % der Befragten geben an, dass private Gründe entscheidend für die Wahl ihres heutigen Wohnstandorts waren.

3. Heterogene Lebenslagen und Ansprüche an den Wohnstandort

Die oben beschriebene Heterogenität der Gruppe der jungen Frauen im Alter von 20 bis 29 Jahren begründet sich aus der Unterschiedlichkeit der Optionen für die individuellen Lebensentwürfe.

Vor allem die Analyse des letzten Aspekts bringt folgende Diametralitäten zutage, die für das Verstehen des Wanderungsverhaltens junger Frauen essentiell sind:

- Selbsterhalterinnen (68 % der Befragten) versus (noch) in Ausbildung Stehende
- Mütter versus (noch) Kinderlose
- tendenziell Zufriedene versus tendenziell Unzufriedene („Junge Frauen wissen vor allem, was sie nicht wollen.“)
- Standorttreue versus Abwanderungsbereite (38 % schließen eine Verlegung des Hauptwohnsitzes nicht aus)
- stark Außenorientierte versus stark Binnenorientierte

4. Hauptmotive zu gehen oder zu bleiben

Es ist nachvollziehbar, dass junge Frauen ihre Energie zielgerichtet einsetzen (müssen), sich tendenziell nicht um die Belange ihres (momentanen) Wohnortes kümmern, ein geringe

Bereitschaft zur Übernahme politischer Funktionen zeigen und die lokalen Konsequenzen ihres Handelns für das Gemeinwesen nicht reflektieren. Die räumliche Fragmentierung des Lebensmittelpunktes bereits in jungen Jahren sowie die nahezu 100%ige Verfügbarkeit über ein Auto führen weiters zu mangelnder Wahrnehmung und fehlender Betroffenheit von infrastrukturellen Ausstattungsdefiziten in der Heimatgemeinde. Existenzielle Sorgen und die vielfach subjektiv empfundene soziale Enge in ländlichen Kleingemeinden stehen dem tatsächlichen persönlichen Einsatz bzw. dem potenziellen Engagement in Hinblick auf die Mitgestaltung und Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort entgegen. Dazu gesellt sich seitens der aus anderen Gemeinden zugewanderten jungen Frauen der teils fehlende Wille, sich in die nunmehrige Dorfgemeinschaft zu integrieren, aber auch das schlichte Verdrängen der Probleme, das sich Abfinden mit gegebenen Situationen, das bis hin zur Resignation reicht, sowie persönliche Bequemlichkeit und die Zweifel, dass sich jemals in der Gemeinde (politisch) etwas verändern wird.

5. Zentrale Forderungen junger Frauen an die Wohngemeinde

Aus der jeweiligen Stellung im Lebenszyklus ergeben sich die Anliegen, die junge Frauen mit unterschiedlicher Vehemenz gegenüber den politischen GemeindevertreterInnen äußern. Die Forderungen konzentrieren sich auf folgende Anliegen:

- Unterstützung bei der Suche nach einem der Ausbildung adäquaten Arbeitsplatz
- Hilfe bei der Realisierung des Traums vom Eigenheim bzw. beim Finden einer geeigneten Startwohnung
- Organisation der Kinderbetreuung bei Müttern
- Verbesserung des Freizeitangebots in der Gemeinde bei Nicht-Müttern

Vor allem junge Frauen, deren Lebensmittelpunkt auf die Wohngemeinde konzentriert ist, suchen Kontakt, Halt und kompetente Antworten von den Führungspersönlichkeiten in der Gemeinde. Allerdings kommunizieren sie diese Anliegen weniger den (politischen) GemeindevertreterInnen gegenüber als vielmehr anderen selbst gewählten Personen ihres Vertrauens, wie etwa Hebammen.

Auch wenn die Gemeinden um die Befriedigung der Wünsche der sehr verschiedenen Anspruchsgruppen unter den jungen Frauen bemüht sind, wird das lokal vorhandene (infrastrukturelle) Angebot seitens der jungen Frauen per se nicht als lebensqualitätssteigernd wahrgenommen. Dies hängt damit zusammen, dass jede Anspruchsgruppe ihre

subjektive Lebensqualität vor Ort anders begründet und die Wohlfühlfaktoren der jeweiligen Wohnsitzgemeinde unterschiedlich definiert. An dieser Stelle ist vor allem auf die sehr differenzierte Sichtweise von Müttern und Nicht-Müttern bzw. jungen Frauen ohne Obsorge- und Betreuungspflichten hinzuweisen: Mütter – die standorttreueste Gruppe unter den Frauen dieser Altersklasse – definieren die Lebensqualität in der Wohnsitzgemeinde tendenziell über die Lebensqualität ihrer Kinder und bewerten diese folglich über die Qualität institutioneller Kinderbetreuung, der subjektiven Wahrnehmung von Sicherheit sowie intakter Natur. Nicht-Mütter hingegen heben den Stellenwert der Ausstattung der Gemeinde mit vielfältiger altersspezifischer Infrastruktur, wie etwa Einkaufsmöglichkeiten, Treffpunkte und Freizeitangebote hervor.

6. Gehen oder Bleiben? Im Spannungsfeld von Pull- und Pushfaktoren der Wohn- und Zielgemeinde

Vom Vorwurf, dass die tatsächliche Abwanderung junger Frauen aus Leichtfertigkeit bzw. stets aus Freiwilligkeit heraus erfolgt, muss nach Reflexion der erforschten Motive, die hinter dem Abwanderungs- und Bleibeverhalten dieser Personengruppe stehen, Abstand genommen werden.

Die individuelle Entscheidung zu gehen oder zu bleiben basiert auf sorgfältiger Abwägung wirtschaftlicher, zeitökonomischer und sozialer Überlegungen. Dabei tut sich ein persönliches Spannungsverhältnis zwischen emotionaler Bindung an die Herkunftsgemeinde und – vor allem in strukturschwachen ländlichen Gemeinden – strukturell bedingter Unmöglichkeit, vor Ort das Leben führen zu können, das frau sich wünscht, einerseits und dem Gelocktwerden von den (möglichen) Attraktivitäten des ins Auge gefassten Zielortes andererseits auf. Das bedeutet, dass die Binefaktoren der derzeitigen Wohngemeinde, die (möglichen) Binefaktoren der Zielgemeinde sowie die Faktoren, die junge Frauen am derzeitigen Wohnstandort als „abstoßend“ empfinden, zueinander in Beziehung gesetzt werden und sich jede Frau individuell entscheidet zu gehen oder zu bleiben.

Gefragt nach relevanten Binde- bzw. Wohlfühlfaktoren der Wohngemeinde bringt es ein Bürgermeister auf den Punkt: „Hausbau und Kinder wirken gleichsam als Klebstoff.“ Diese Aussage wurde seitens der jungen Frauen bestätigt, kommt doch kostengünstigem Wohnen – Vorhandensein eines günstigen Baugrunds, Vorrätigkeit adäquater Startwohnungen –



großer Stellenwert zu. Weitere wichtige, das Wohlfühlen am (derzeitigen) Wohnstandort befördernde Faktoren sind ihrer Meinung nach:

- das Vorhandensein altersspezifischer Infrastruktur für Kinder (Kindergarten, Volksschule, Spielplätze, Vereine)
- die räumliche Nähe zum Arbeitsplatz
- der „große Garten, die „gute Luft“, die „geringe Bebauungsdichte“ und das „schöne Ortsbild“
- Atmosphärisches wie etwa der Zusammenhalt im Dorf, die Familienfreundlichkeit des Orts und das Gefühl der Sicherheit

Seitens der jungen Frauen werden folgende Aspekte als Defizite in den (derzeitigen) Wohngemeinden wahrgenommen:

- strukturelle Mängel und Ausdünnung des kleinräumigen Arbeitsmarktes
- weite Wege, die für die Zeit- und Kostenintensität der Alltagsbewältigung verantwortlich zeichnen
- infrastrukturelle Ausstattungsdefizite hinsichtlich Fehlen von beispielsweise „netten Cafés“, Bekleidungsgeschäften, Angeboten für Kinder zur Nachmittagsbetreuung, Fitnessstudios, Tanzlokalen
- die „Enge“ des Dorflebens, die sich in einer als störend empfundenen „sozialen Kontrolle“ durch Nachbarn bzw. die Dorfbevölkerung allgemein und die mangelnde Aufgeschlossenheit der Gemeinde gegenüber Zugezogenen im Speziellen manifestiert

Vor allem für kleine strukturschwache Landgemeinden ist der Erhalt der örtlichen Infrastruktur „ein täglicher Kampf“, der sich durch die Anziehungskraft der meist urbanen Zielgemeinden in der Regel verstärkt.

„Die gut ausgebildeten Frauen gehen weg. Da hat eine Landgemeinde keine Chance“, meint dazu ein Bürgermeister. Dass die Sogwirkung der Zentren die Bindewirkung der Landgemeinden schwächt, zeigt sich daran, dass eine kleine Landgemeinde nach Selbsteinschätzung vieler Bürgermeister folgenden Pullfaktoren der Zielgemeinden „nichts bzw. kaum etwas entgegen setzen kann“:

- das vielfältige Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot (Dieses wirkt oft indirekt auf die Wohnortentscheidung, da der Partner die Nähe zum Arbeitsplatz sucht und die junge Frau dem Partner nachzieht);



- städtische Annehmlichkeiten wie etwa das reichhaltige Freizeitangebot (Kino, Disco, Shopping)
- das passende Wohnangebot sowie
- „ein Leben ohne Auto“

7. Handlungsoptionen für die Landgemeinden

Vor allem für kleine strukturschwache Landgemeinden gestaltet sich angesichts der durch die zunehmende Individualisierung und die hohe Dynamik in der Lebensphase der Frauen zwischen 20 und 29 Jahren bedingte starke Ausdifferenzierung der Ansprüche dieser Personengruppe die (infrastrukturelle) Passung zwischen Angebot und Nachfrage als äußerst schwierig. Dazu kommt noch – dadurch, dass es sich bei Frauen in dieser Altersgruppe oftmals um kleine lokale Grundgesamtheiten handelt – das Fehlen von „kritischen Massen“, die der Entwicklung entsprechender spezifischer Angebote entgegen stehen.

Zu Recht sehen die EntscheidungsträgerInnen die größten Erfolgchancen, junge Frauen in der Wohngemeinde zu halten, in der Gruppe der Mütter mit Kleinkindern, die – wie bereits oben erwähnt – als standorttreueste Anspruchsgruppe unter den 20- bis 29-Jährigen gilt.

Realistische Lösungswege jedoch lassen sich dort ausloten, wo

- erstens man sich darauf verständigt, biographische Brüche als Standard zu akzeptieren und zu versuchen, auf die Vielfalt des Bleibe- bzw. Abwanderungsverhaltens zu reagieren. Je nach Intensität der Ortsgebundenheit lassen sich acht Anspruchsgruppen identifizieren: Das Bleibeverhalten ist relativ hoch einzuschätzen bei den „Da-Aufgewachsenen“, den „Da-Bleibenden“, den „Rückkehrerinnen“ und den „Zugezogenen“. Hingegen ist die latente Abwanderungsbereitschaft bei den „Bi-Lokalen“ und „Abwanderungsbereiten“ in besonderem Maße gegeben. „Abgewanderte“ und „Rückkehrbereite“ verbindet eine hohe Bereitschaft zum Wohnstandortwechsel, die als Potenzial für eine etwaige Rückwanderung in die Herkunftsgemeinde gesehen werden sollte.
- zweitens die Heterogenität des Wanderungs- und Bleibeverhaltens der jungen Frauen in der Ausrichtung der zu setzenden Maßnahmen ihre Entsprechung findet.

In der Studie wurden vier Maßnahmenbündel identifiziert:

- Sichernde Maßnahmen für „Da-Aufgewachsene“ und „Da-Bleibende“: Sie zielen darauf ab, die Zielgruppe darin zu bestärken, ihren Lebensmittelpunkt vor Ort (weiter) zu festigen. Beispiele dafür fokussieren vor allem auf das Atmosphärische (z. B. Veranstaltung von

„Frauen-Talks“, die Einrichtung einer Kontaktstelle „Wandern und Wiederkommen“, die ästhetische Aufwertung des Ortsbildes).

- Integrationsmaßnahmen für „Rückkehrerinnen“ und „Zugezogene“: Es gilt bewusst zwischen den Hinzukommenden und den Alteingesessenen Brücken zu bauen, um beiden Gruppen das Aufeinanderzugehen zu erleichtern (wie etwa mittels „Willkommenspaketen“ für junge Frauen oder Organisation von Patenschaften zwischen „Neuankömmlingen“ und „Alteingesessenen“).
- Festigungsmaßnahmen für „Bi-Lokale“ und „Abwanderungsbereite“: In diesem Zusammenhang gilt es Wege auszuloten, denen, die eine hohe Abwanderungsbereitschaft zeigen, zu signalisieren, dass ihnen in der Dorfgemeinschaft ein Platz „warm gehalten“ wird und sie sich nicht „als abgeschrieben“ gelten. Hier dienen alle Maßnahmen, die junge Frauen von der Qualität der Wohngemeinde überzeugen sollen (z. B. die Einrichtung eines multifunktionellen Zentrums, das wichtige Gemeinschaftsdienste gebündelt anbietet, oder das Installieren einer Internetbörse für Praktika und Ausbildungsplätze in der Region).
- Rückbindemaßnahmen für „Abgewanderte“ und „Rückkehrbereite“: Diese zielen darauf ab, den Kontakt zwischen Dorfgemeinschaft und abgewanderten jungen Frauen aufrecht zu erhalten. Insbesondere sind im Einzelfall konkrete Rückkehrerleichterungen zu überlegen (z. B. durch Begründung einer Initiative „Topjobs auf dem Land“ oder das Ernennen einer Person als „Außenbeziehungsbeauftragte“).

8. Schluss

„Eigentlich (planen wir) keine Maßnahmen speziell für junge Frauen, weil die Gemeinde so viele Probleme hat, dass man auf das gar nicht so schauen kann“, stellte einer der befragten Entscheidungsträger resigniert fest. Dieses Zitat bringt zum Ausdruck, dass das Problem der Abwanderung junger Frauen in Landgemeinden noch immer verkannt wird, obwohl sich immer klarer abzeichnet, dass gerade an dieser Frage die Zukunft vieler Landgemeinden mitentschieden wird.

Literatur

WEBER, G., FISCHER T. (2010): Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse. Studie im



Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 19 D – Abfall- und Stoffflusswirtschaft.



**Raiffeisen
Meine Bank**



Gut zu wissen, wer ein starker Partner ist

**Wenn's um Freude und Würde im Alter
geht, ist nur eine Bank meine Bank**

Vertrauen, sichere und beständige Partner sowie funktionierende soziale Netzwerke sind gerade im Alter wesentliche Faktoren der persönlichen Lebensqualität. Die Raiffeisen-Gemeinschaft ist durch ihr gelebtes soziales und gesellschaftliches Engagement seit je her ein bekannter und verlässlicher Partner in allen Fragen rund um ein würdevolles und freudvolles Leben und Wohnen in den Generationen. www.raiffeisen.at

Ihr Ansprechpartner für Wohnen im Alter:

Ronald Pelikan, Raiffeisen-Genossenschaftsentwicklung, Raiffeisenbank NÖ-Wien

0664 3887057 oder 01 21136 2939

ronald.pelikan@rh.raiffeisen.at, www.rhnoew.at

Eine von hier.

Wir leben in der und für die Region.

Für viele Unternehmen spielen Regionen nur dann eine Rolle, wenn es um Vertriebsgebiete geht. Raiffeisen geht seit jeher einen anderen, erfolgreicherer Weg. Seit Gründung der ersten Raiffeisenbank in Mühldorf sieht sich Raiffeisen als Teil der Region. Das war in den letzten 125 Jahren so und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern. Auf dem Land oder in der Stadt – unsere MitarbeiterInnen leben mit den Menschen in der Region und betrachten sie nicht bloß als Kunden, sondern als Nachbarn, Freunde und Landsleute. Daher wissen sie auch, was in ihrem Umfeld gebraucht und gewünscht wird.

Sowohl die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien als auch die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sind darüber hinaus treibende Wirtschaftskräfte in der Region. Mit der Förderung sowie Umsetzung innovativer Projekte tragen wir maßgeblich zur lokalen Weiterentwicklung bei. Denn unser gemeinsames Ziel ist es, vor Ort ideale Rahmenbedingungen zum Leben und Arbeiten zu schaffen. Nähe heißt für die Raiffeisen-Wirtschaftsgruppe, aus jeder Region eine Zukunftsregion zu machen.



Nähe seit 125 Jahren.

**Raiffeisengruppe
Niederösterreich-Wien**



Ein Unternehmen ist eines von hier, wenn ihm Menschen wichtiger sind als Märkte und ihm die Region genauso am Herzen liegt wie mir. Wenn es dort zuhause ist, wo ich es bin, und wenn Nachhaltigkeit kein Schlagwort ist, sondern eine Selbstverständlichkeit. Ein Unternehmen ist eines von uns, wenn es Sicherheit vor Profitdenken stellt und statt riskanter Spekulationen lieber das Risiko eingeht, eine Rockband auf der Rax auftreten zu lassen. Wenn es die Wirtschaft vorantreibt, aber auch den Fußballplatz im Ort fördert und selbst die größten Investitionen sicher und zuverlässig abwickelt. Weil es seit jeher nichts anderes getan hat. Ein Unternehmen ist eines für uns, wenn es nicht nur auf seine Bilanz schaut, sondern auch auf seine Werte.
Raiffeisengruppe Niederösterreich-Wien.

klettverschluss

Eine von hier. Eine von uns.

Eine für uns.



Ergebnisse der Workshops: Abwanderung ist kein Schicksal!

Christoph Mayer

Die WALDVIERTEL AKADEMIE hat es mit ihrer Workshop- und Diskussions-Reihe „Abwanderung – (k)ein Schicksal?“ erneut geschafft, ein hochaktuelles und wichtiges Thema der Region in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion zu bringen. Dies zeigt auch die Partizipation in den vier „Vorzeigegemeinden“ Vitis, Röhrenbach, Echtenbach und Großschönau – mehr als 400 Bürgerinnen und Bürger wollten mitdiskutieren, ihre Meinung kundtun, an der Entwicklung des eigenen Lebensraumes teilhaben. Dass vor allem in Gemeinden, in denen der soziale Zusammenhalt stimmt, ein aktives Vereinsleben herrscht und Kooperationen über die Generationen hinweg aufgebaut werden, das Thema Abwanderung aktiv bekämpft werden kann, zeigte sich im Laufe dieser Veranstaltungsreihe. Beeindruckend war, wie die Gemeinden – allen voran die Bürgermeister mit persönlichen Einladungen – ihre Bürgerinnen und Bürger mobilisierten, um am Workshop teilzunehmen und so gemeinsam über wichtige Themen zu beraten. Diese Ergebnisse wollen wir Ihnen in dieser Publikation nicht vorenthalten, eines darf vorweg gesagt werden: Obwohl es doch regionale Unterschiede zwischen den Gemeinden gab, machten vor allem die wichtigsten Punkte, wie Infrastruktur, soziales Miteinander oder Vereinswesen, bei allen Veranstaltungen einen großen Teil der Diskussion aus.

Fragestellung 1: Was macht die Gemeinde und die Region lebenswert?

Ergebnisse (Auszug):

Soziales Miteinander: Bürgernähe, Gemeinschaft, (generationenübergreifender) Zusammenhalt, Familienfreundlichkeit

Infrastruktur: Radwege, Nähe zu Bezirkstadt und Bildungsangeboten, günstige Bauplätze, bestehende Arbeitsplätze, leistbare Wohnungen für Jung & Alt

Vereine: aktives Vereinsleben, Freiwillige, aktive Jugend

Freizeit & Tourismus: viele Aktivitäten und Veranstaltungen

Natur: Schönheit, Freiraum, Ruhe, Umweltbewusstsein

Sicherheit: geringe Kriminalitätsrate

Landwirtschaft

Kultur & Tradition



Fragestellung 2: Damit die Gemeinde und die Region auch 2020 lebenswert bleiben, braucht es ...?

Ergebnisse (Auszug):

Infrastruktur & Verkehr: Erhaltung der Infrastruktur, Ausbau der Verkehrsverbindungen, Verkehrskonzept, Wohnraumschaffung, genügend Baufläche, leistbare Wohnungen für Jugend und Senioren, Kinderbetreuungseinrichtungen

Soziales Miteinander: Wahrung des Zusammenhaltes, Kinder- und Familienfreundlichkeit, positive Einstellung, gutes Vereinsleben und gute Dorfgemeinschaft

Arbeit: neue Betriebe, Ausbau der Arbeitsplätze, Lehrstellen und Ausbildungsplätze

Versorgung: Grundversorgung für jeden Lebensabschnitt, gute Nahversorgung

Alter: Altersbetreuung, Betreutes Wohnen

Politik: Einbindung der Jugend in den politischen Entscheidungsprozess

Tourismus: Ausbau

Kooperationen & Projekte: Gemeindekooperationen auf kommunaler und regionaler Ebene, Weiterentwicklung im Bereich „erneuerbare Energien“, Projekte im Bereich „Klima- und Modellregion“



ÜBERSICHT ÜBER DIE VERANSTALTUNGSREIHE

Workshop und Podiumsdiskussion in der Gemeinde Vitis

Freitag, 18. November 2011 – Gasthaus Weber

Teilnehmer an der Diskussion:

Univ. Prof. Mag. Dr. Martin Heintel

(Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien)

Leonhard Madreiter

(Bürgermeister der Gemeinde Fusch an der Glocknerstraße, Salzburg)

DI Josef Strummer

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Büroleiter Waldviertel)

Dr. Walter Tausch

(Geschäftsführer Verein Die Landgestalter, Wien)

Anette Töpfl

(Bürgermeisterin der Marktgemeinde Vitis)

Workshop und Podiumsdiskussion in der Gemeinde Röhrenbach

Freitag, 20. Jänner 2012 – Schlosstaverne Greillenstein

Teilnehmer an der Diskussion:

Mag. Gernot Hainzl

(Bürgermeister der Gemeinde Röhrenbach)

Mag. (FH) Ursula Poindl

(Regionalmanagerin Waldviertel)

DI Karin Popp-Pichler

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung)

DI Josef Strummer

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Büro Waldviertel)

Mag. Gerhard Vötsch

(Landentwicklung Steiermark)

Prof. DI Dr. Heinrich Wohlmeyer

(Ökonom, Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Universität für Bodenkultur Wien)



Workshop und Podiumsdiskussion in der Gemeinde Echtsenbach

Freitag, 2. März 2012 – Gasthof Klang

Teilnehmer an der Diskussion:

Abg. aD Luis Fuchs

(Vizebürgermeister der Marktgemeinde Bad Bleiberg, Kärnten)

Mag. Johann Lehr

(Bürgermeister der Marktgemeinde Echtsenbach)

Mag. Peter Mayrhofer

(Verein Jugend & Arbeit)

Ronald Pelikan

(Genossenschaftsentwicklung, Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien)

Maria Theresia Schindler

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung)

Mag. Andreas Schwarzinger

(Geschäftsführung „Waldviertel Tourismus“)

DI Josef Strummer

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Büroleiter Waldviertel)

Ao. Univ.Prof. Dr. Hans Karl Wyrzens

(Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung der Universität für Bodenkultur Wien)

Workshop und Podiumsdiskussion in der Gemeinde Großschönau

Montag, 2. April und Donnerstag, 12. April 2012 – Schönauer Hof

Teilnehmer an der Diskussion:

Martin Bruckner

(Bürgermeister der Marktgemeinde Großschönau)

Theres Friewald-Hofbauer

(Geschäftsführung Europäische ARGE Landentwicklung und Dorferneuerung, Wien)

Rupert Klein

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung)

Bernhart Öttl

(Bürgermeister der Gemeinde Reichersberg, Oberösterreich)



LAbg. Bgm. Mag. Alfred Riedl

(Präsident des Gemeindvertreterverbandes der VP Niederösterreich, St. Pölten)

DI Josef Strummer

(NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Büroleiter Waldviertel)

Josef Wallenberger

(Regionalberatung Wallenberger & Linhard, Horn)

O.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerlind Weber

(Institut für Raumplanung und Ländliche Neuordnung der Universität für Bodenkultur Wien)

ZITATE

„Die Welt wächst, aber die EU schrumpft.“

Ernst Wurz stellte sieben Thesen in den Raum, diese war eine davon.

„Es ziehen auch Hauptwohnsitzer von Wien ins Waldviertel. Wir müssen die alten Bilder aus den Köpfen bekommen – es ist nicht alles so schlecht, wie dargestellt wird.“

Josef Wallenberger

„Wir brauchen ein starkes Zentrum, das in die Region ausstrahlt.“

Derselbe

„Abwanderung ist kein Schicksal und vor allem kein Naturgesetz.“

Derselbe

„Eine zentrale Herausforderung wird sein, wie sollen wir unsere Schule und die Infrastruktur aufrechterhalten.“

Anette Töpfl

„Auch alle anderen kochen nur mit Wasser. Jammern bringt nichts, wir müssen selbstbewusst auftreten und miteinander in die Zukunft gehen.“

Leonhard Madreiter

„Das Waldviertel war noch nie eine begünstigte Region. Wir müssen das Schicksal selbst in die Hand nehmen. Es geht um ernst gemeinte Bürgerbeteiligung und nur mit engagierten Menschen.“

Josef Strummer

„Wir müssen radikal dezentralisieren und uns vernetzen. Die Dinge selbst in die Hand nehmen. Das Beste, das du für die Welt und deine Heimat tun kannst, ist lokal produzieren und konsumieren.“

Heinrich Wohlmeyer



„Wir müssen an uns und die Region glauben. Die Region hat etwas im Überfluss – und zwar Lebensqualität.“

Ursula Poindl

„Not macht erfinderisch. Regionalentwicklung hängt von der Bevölkerung und ihrer Dynamik um und umgekehrt. Allerdings glaube ich nicht an die große Lösung.“

Hans Karl Wytrzens

„Es gibt nichts, das uns negativ in die Zukunft schauen lässt. Das Waldviertel ist eine sehr innovative Region und nicht umsonst in den Top zehn Österreichs. Wir sind in allen Bereichen konstant gut, das zeugt von einer gewissen Krisensicherheit.“

Andreas Schwarzinger

„Wenn die Jugendlichen nicht in Wien sein können, bringen sie ihre Kultur eben ins Waldviertel. Es gibt nirgends in Niederösterreich so viele Jugendkulturvereine wie hier.“

Maria Theresia Schindler



AUTORENVERZEICHNIS

Martin Bruckner

Bürgermeister der Gemeinde Großschönau, Bezirk Gmünd

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Heintel

Arbeitsgebiete: Stadt- und Regionalentwicklung

Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien

Zahlreiche Gastprofessuren für Regionalentwicklung u.a. an der University of New Orleans und der German University of Technology in Oman

Christoph Mayer, MAS

Geschäftsführer der WALDVIERTEL AKADEMIE

Mag. Alfred Riedl

Präsident des Gemeindevertreterverbandes der Volkspartei Niederösterreich

Vorsitzender des Finanzausschusses des Österreichischen Gemeindebundes

Dr. Walter Tausch

Geschäftsführer des Vereins „Die Landgestalter“, Vizepräsident der Gesellschaft Österreich-Mexiko, ehem. Generaldirektor für Internationale Beziehungen des Landwirtschaftsministeriums, ehem. Gesandter für Agrar-Angelegenheiten an der Österreichischen Botschaft in Madrid

Josef Strummer

NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Büroleiter Waldviertel

Josef Wallenberger

Arbeitsgebiete: Kommunal- und Regionalentwicklung

Wallenberger & Linhard Regionaberatung GmbH

Entwicklung und Umsetzung von zahlreichen Projekten zwischen Brandenburg und Westungarn



O.Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerlind Weber

Departement für Raum, Landschaft und Infrastruktur (Institut für Raumplanung und ländliche Neuordnung) an der Universität für Bodenkultur Wien

Fachliche Schwerpunkte: Raumordnungspolitik, Nachhaltige Raumentwicklung, Entwicklung ländlicher Räume, Bodenpolitik

Gastprofessuren in Zürich (Schweiz) und Kyoto (Japan)

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Heinrich Wohlmeyer

Ökonom und Buchautor („Globales Schafe scheren“)

Österreichische Vereinigung für Agrarwissenschaftliche Forschung

Honorarprofessor am Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung an der Universität für Bodenkultur Wien

Dr. Ernst Wurz

Obmann der WALDVIERTEL AKADEMIE

Ao. Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hans Karl Wyrzens

Departement für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Institut für Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung) an der Universität für Bodenkultur Wien



PUBLIKATIONEN UND AUDIO-CDS DER WALDVIERTEL AKADEMIE

So nah, so fern – Menschen im Waldviertel und in Südböhmen 1945-1989

Waldviertel Akademie / Nationales Fotomuseum / Südböhmisches Museum

Weitra 2012

478 Seiten / kostenlos (Bearbeitungs- und Versandkosten: Euro 10,00)

Gene sind kein Schicksal – wie wir durch unseren Lebensstil das Erbgut überlisten – CD 2+3

Reinhard Linke / Christoph Mayer

Waidhofen/Thaya 2012

156 Minuten, 8seitiges Booklet / Euro 10,00

Schlaglichter auf die Geschichte der Böhmisches Länder vom 16. bis 20. Jahrhundert

David Schriffel / Niklas Perzi

Wien, Berlin 2011

388 Seiten / Euro 19,90

Gene sind kein Schicksal – wie wir durch unseren Lebensstil das Erbgut überlisten – CD 1

Reinhard Linke / Christoph Mayer

Waidhofen/Thaya 2011

61 Minuten / Euro 5,00

Österreich-Tschechien. Unser 20. Jahrhundert

Reinhard Linke / Armin Laussegger / Niklas Perzi

Wien 2009

288 Seiten, 78 Minuten Audio-CD / Euro 24,90

Die samtene Revolution. Vorgeschichte – Verlauf – Akteure

Niklas Perzi / Beata Blehova / Peter Bachmaier

Frankfurt am Main 2009

330 Seiten / Euro 56,50

Gerechtigkeit – um die rechte Führung des Lebens

Engelbert Washietl / Eva Pfisterer

Wien 2009

176 Seiten / Euro 19,90

Arbeit – der Mensch zwischen Fremd- und Selbstbestimmung

Engelbert Washietl / Eva Pfisterer

Wien 2008

168 Seiten / Euro 19,90

Werte – aber welche? Die Werte-Debatte

Engelbert Washietl / Eva Pfisterer

Wien 2007

192 Seiten / Euro 19,90



Bildung – Zwischen Luxus und Notwendigkeit

Engelbert Washietl / Eva Pfisterer
Wien, Waidhofen/Thaya 2006
232 Seiten / Euro 19,90 (nur mehr über LIT-Verlag erhältlich!)

Waldviertel – Raum zum Denken

20 Jahre WALDVIERTEL AKADEMIE
Roman Gepp / Niklas Perzi / Ernst Wurz
Waidhofen/Thaya 2004
298 Seiten / Euro 20,00

Die Beneš-Dekrete. Eine europäische Tragödie

Niklas Perzi
St. Pölten, 2003
364 Seiten / Euro 20,00

Verschwundene Lebenswelt – Vergessener Alltag. Ausstellungsband

Niklas Perzi / Michal Stehlík
Pomezí, Waidhofen/Thaya 2001
237 Seiten / Euro 15,00 (vergriffen!)

Verschwundene Lebenswelt – Vergessener Alltag. Ausstellungskatalog

Niklas Perzi / Peter Mähner / Franz Pötscher / Michal Stehlík
Waidhofen/Thaya 2001
62 Seiten / Euro 7,00

10 Jahre Offene Grenze

Franz Pötscher / Peter Mähner / Niklas Perzi
Waidhofen/Thaya 2000
34 Seiten / Euro 5,00

Kulturen an der Grenze

Andrea Komlosy / Václav Bůžek / František Svátek
Waidhofen/Thaya, Wien 1995
366 Seiten / Euro 18,00 (vergriffen!)

Industriekulturführer Mühlviertel, Waldviertel, Südböhmen

Andrea Komlosy
Wien 1995
vergriffen

Kulturführer Waldviertel, Weinviertel, Südmähren

Antonín Bartošek / Bohuslav Beneš / Wolfgang Müller-Funkt / Friedrich Polleroß
Wien 1993
vergriffen



Kontakt / Impressum:

WALDVIERTEL AKADEMIE

Bahnhofstraße 12, 3830 Waidhofen/Thaya

Tel: 02842/537 37, Fax: 02842/537 37-9

waldviertel.akademie@wvnet.at

www.waldviertelakademie.at

ZVR: 338404617

Geschäftsführung und Projektleitung : Christoph Mayer, MAS

Projektassistentz: Maria Wurz

Vorsitzender: Dr. Ernst Wurz

Waidhofen/Thaya, Juni 2012